



Gemeinde Rhede (Ems) Landkreis Emsland

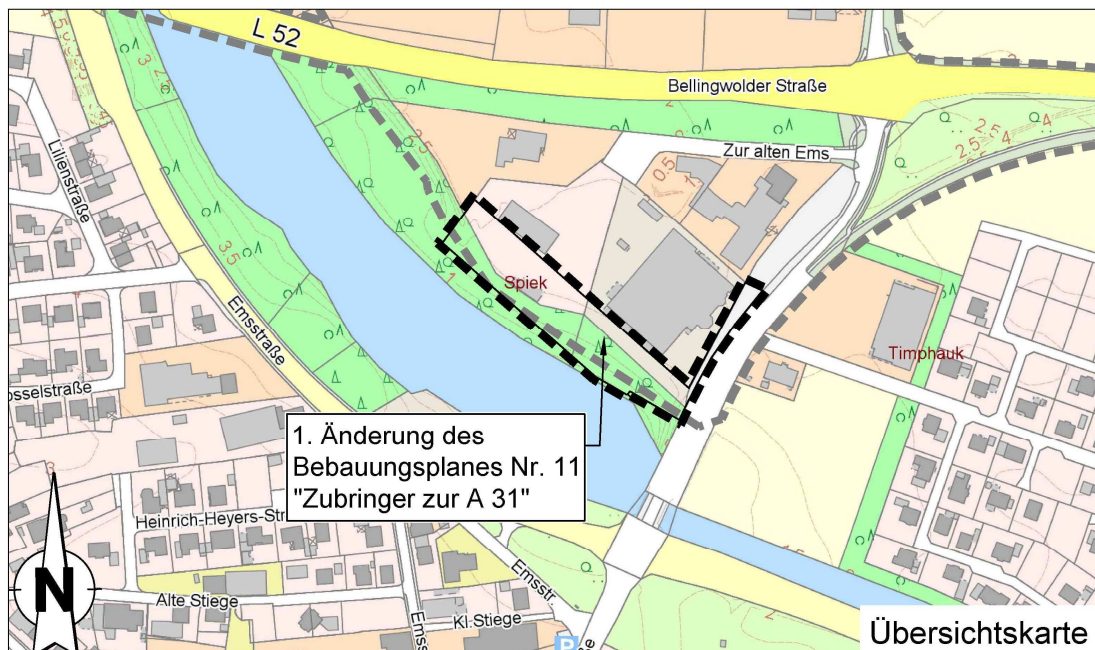
BAULEITPLANUNG

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11

"Zubringer zur A 31"

- URSCHRIFT -

Begründung mit Umweltbericht



Datum: 08.06.2018

Telefon: 04961/9443-0 Telefax: 04961/9443-50 mail@ing-buero-grote.de



Bahnhofstraße 6-10 26871 Papenburg

Telefon: 04964/9182-0 Telefax: 04964/9182-42 E-Mail: gemeinde@rhede-ems.de

GEMEINDE RHEDE (EMS)

Gerhardyweg 1

26899 Rhede (Ems)

Inhaltsverzeichnis

Teil 1	Ziele, Grundlagen und Inhalte der Bebauungsplanänderung	5
1.1	Planungsanlass und Entwicklungsziel	5
1.2	Lage des Plangebietes und Geltungsbereich	6
1.3	Städtebauliche Bestandsaufnahme	6
1.4	Übergeordnete Planungsvorgaben	7
1.5	Planung	8
1.5.1	Verkehrliche Erschließung	8
1.5.2	Wasserwirtschaftliche Erschließung	8
1.5.2.1	Oberflächenentwässerung	8
1.5.2.2	Schmutzwasserkanalisation	10
1.5.3	Sonstige Erschließung	10
1.5.4	Versorgungsleitungen	10
1.5.5	Immissionsschutz	10
1.5.6	Bodenordnende Maßnahmen	11
1.5.7	Altlasten	11
1.5.8	Denkmalpflege	11
1.5.9	Natur und Landschaft/Umweltbericht	11
1.6	Festsetzungen des Bebauungsplanes und Hinweise	12
1.6.1	Art der baulichen Nutzung	12
1.6.2	Maß der baulichen Nutzung	13
1.6.3	Bauweisen und Baugrenzen	13
1.6.4	Textliche Festsetzungen	13
1.6.5	Ökologische Festsetzungen	14
1.6.6	Örtliche Bauvorschriften gem. § 84 NBauO	18
1.6.7	Hinweise	19
1.7	Flächenbilanz	21
1.8	Durchführung der Planung und Kosten	21
1.9	Sparsamer Umgang mit Grund und Boden	21
Teil 2	Umweltbericht	23
2.1	Einleitung	23
2.1.1	Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte des Bebauungsplanes	23
2.1.2	Standort, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden	24
2.1.3	Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen und ihre Berücksichtigung	25
2.1.4	Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden	29
2.1.5	Wirkfaktoren	29
2.2	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	32
2.2.1	Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes und der Umweltmerkmale (Ziff. 2a der Anlage zum BauGB) mit Angaben über Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich (Ziff. 2c der Anlage zum BauGB)	32
2.2.1.1	Schutzgut Mensch	32
2.2.1.2	Schutzgut Tiere und Pflanzen	34

2.2.1.2.1	Fauna	40
2.2.1.2.1.1	Erfassung der Fauna	40
2.2.1.2.1.2	Avifauna	40
2.2.1.2.1.3	Fledermäuse	41
2.2.1.2.1.4	Weitere Arten	41
2.2.1.2.2	Biotoptypen.....	42
2.2.1.2.3	Gesamtbewertung (Fauna und Flora, Biologische Vielfalt).....	44
2.2.1.3	Schutzgut Fläche.....	46
2.2.1.4	Schutzgut Boden	47
2.2.1.5	Schutzgut Wasser	48
2.2.1.6	Schutzgut Luft und Klima.....	50
2.2.1.7	Schutzgut Landschaft	52
2.2.1.8	Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.....	53
2.2.2	Auswirkungen auf Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlichen Interesse (NATURA 2000).....	54
2.2.3	Vermeidung von Emissionen und sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern.....	54
2.2.4	Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie	55
2.2.5	Landschaftspläne und sonstige Fachpläne.....	55
2.2.6	Gebiete zur Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität	55
2.2.7	Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes	56
2.2.8	Zusammengefasste Umweltauswirkungen	56
2.2.9	Allgemeine umweltbezogene Zielvorstellungen.....	56
2.3	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung	57
2.4	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen.....	57
2.4.1	Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität	58
2.4.1.1	Vermeidungs- bzw. Verminderungsmaßnahmen.....	58
2.4.1.2	Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität	60
2.4.2	Eingriffsregelung.....	61
2.4.2.1	Ermittlung der erheblichen Beeinträchtigung nach § 14 BNatSchG	61
2.4.2.2	Bilanzierung des Eingriffs	61
2.4.2.3	Beurteilung des Eingriffs auf angrenzende Biotop	64
2.4.3	Kompensationsmaßnahmen.....	66
2.4.3.1	Kompensationsmaßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches.....	68
2.4.3.2	Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches	70
2.5	Anderweitige in Betracht kommende Planungsmöglichkeiten	71
2.6	Zusätzliche Angaben.....	72
2.6.1	Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung.....	72
2.6.2	Maßnahmen gegen den Klimawandel bzw. zur Anpassung an den Klimawandel.....	72
2.6.3	Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind.....	73
2.6.4	Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für	

	schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, biologische Vielfalt, Natura 2000-Gebiete, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung, Kultur- und sonstige Sachgüter	73
2.7	Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt.....	73
2.8	Allgemein verständliche Zusammenfassung.....	73
2.9	Literatur	74
Teil 3	Abwägung und Verfahren	77
3.1	Verfahren.....	77
3.2	Abwägung zu den einzelnen Stellungnahmen.....	77
3.2.1	Frühzeitige Beteiligung der TöB/Behörden/Öffentlichkeit	77
3.2.2	Auslegung bzw. Beteiligung der TöB/Behörden/Öffentlichkeit.....	78
3.3	Abwägungsergebnis	78
3.4	Verfahrensvermerke	80
3.5	Anlagen	
	Anlage A: Biotoptypenkarte	
	Anlage B: spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)	

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage im Raum (Quelle: ©2016 GeoBasis-DE/BKG (2009), Google, unmaßstäblich)	6
Abbildung 2: Lageplan Entwässerungskonzept	9
Abbildung 3: Lage im Raum (Quelle: Bing.com, Stand: 07/2016, unmaßstäblich).....	24
Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Emsland (2010) (unmaßstäblich).....	27
Abbildung 5: Auszug aus dem LRP 2001, ohne Maßstabsangabe (Quelle: Landkreis Emsland 2001).....	28
Abbildung 6: Darstellung der NATURA-2000 Gebiete sowie Landschafts- und Naturschutzgebiete (Quelle: Umweltkarteserver NLWKN, Stand: Juli 2016, unmaßstäblich)	37
Abbildung 7: Darstellung der NATURA-2000 Gebiete sowie Landschafts- und Naturschutzgebiete (Quelle: Umweltkarteserver NLWKN, Stand: Juli 2016, unmaßstäblich)	38
Abbildung 8: Darstellung der avifaunistisch wertvollen Bereiche für Brut- und Gastvögel (Quelle: Umweltkarteserver NLWKN, Stand: Juli 2016, unmaßstäblich)	39
Abbildung 9: Bodenversiegelung 2005 in %, unmaßstäblich (Quelle: NIBIS-Kartenserver)	46
Abbildung 10: Grad der mittleren Bodenversiegelung in der Gemeinde Rhede/ Ems, unmaßstäblich (Quelle: NIBIS-Kartenserver)	47
Abbildung 11: Prozentuale Verteilung der	50
Abbildung 12: Lage im Raum (Quelle: Bing.com, Stand: 07/2016, unmaßstäblich).....	53
Abbildung 13: Lage der Kompensationsmaßnahmen (Stand: 02/2018, unmaßstäblich).....	67

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Potenzielle Wirkfaktoren im Zusammenhang mit diesem Bebauungsplan	31
Tabelle 2: Bewertung der Grundwasserneubildungsrate	49
Tabelle 3: Bewertungsrahmen für das Schutzgut Klima/ Luft.....	51
Tabelle 4: Rechnerische Bilanz	63

Teil 1 Ziele, Grundlagen und Inhalte der Bebauungsplanänderung

1.1 Planungsanlass und Entwicklungsziel

Die Gemeinde Rhede (Ems) hat im Jahr 1989 den Bebauungsplan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ aufgestellt. Inhalt der Planungen war die städtebauliche Entwicklung von anliegenden Flächen im Zug der Herstellung der Anbindung an die Autobahn 31. Dieser rechtskräftige Bebauungsplan soll nunmehr im Verfahren zur 1. Änderung in einem Teilbereich überplant werden.

Anlass für die Änderung des Bebauungsplans ist die Absicht eines im Gewerbegebiet angesiedelten Unternehmens zur Erweiterung der betrieblichen Anlagen. Speziell ist die Errichtung zusätzlicher Hallen für Fertigungszwecke und die Herstellung von Lagerflächen vorgesehen. Aufgrund der vorhandenen betrieblichen Struktur und optimierter Betriebsabläufe ist eine geringfügige Erweiterung des Betriebsgeländes in Richtung des Ems-Altarms erforderlich.

Der Firmeninhaber hat geprüft ob durch den Erwerb zusätzlicher verfügbarer angrenzender Fläche das geplante Erweiterungskonzept wirtschaftlich umsetzbar ist. Diese Prüfung ergab, dass ohne eine Änderung der gesamten gewachsenen und eingespielten Betriebsabläufe eine wirtschaftliche Umsetzung der Erweiterungspläne nicht möglich ist.

Auch ist eine Umsiedlung des gewachsenen Betriebes in das Industriegebiet an der A 31 keine wirtschaftliche Option.

Da für die Erweiterung der Betriebsfläche ein Eingriff in das benachbarte Landschaftsschutzgebiet erforderlich ist, hat der Betriebsinhaber bereits im Vorfeld des erforderlichen Bauleitplanverfahrens die Untere Naturschutzbehörde des LK Emsland anlässlich eines Ortstermins über die Planungen informiert. Hierbei wurden entsprechend Vorgaben bezüglich der Gebietsabgrenzung zur Löschung des LSG gemacht, welche die Grundlagen des vorliegenden Änderungsbereiches sind.

Der Antrag zur Löschung des Änderungsbereiches aus dem LSG wurde zwischenzeitlich dem LK Emsland vorgelegt und das Verfahren eingeleitet.

Die Gemeinde Rhede (Ems) steht grundsätzlich positiv zu den geplanten Erweiterungsmaßnahmen, da diese den Standort des Betriebes auch zukünftig sichern und eine Entwicklung mit Steigerung der Produktpalette und auch einer eventuellen Erhöhung der Arbeitsplätze forcieren.

Gem. § 1 Abs. 3 BauGB haben die Städte, Samtgemeinden und Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen oder zu ändern, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

Der Forderung des § 1a BauGB nach sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird nachgekommen.

Alternative Standorte wurden nicht untersucht, da es sich um die Erweiterung eines durch einen Bebauungsplan gewerblich strukturierten Bereiches handelt und somit die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich forciert wird.

1.2 Lage des Plangebietes und Geltungsbereich

Der Änderungsbereich liegt nordöstlich des Ortskernes der Ortschaft Rhede (Ems), nordöstlich des Ems-Altarms und schließt sich südlich an den Geltungsbereich des Ursprungsplans an.



Abbildung 1: Lage im Raum (Quelle: ©2016 GeoBasis-DE/BKG (2009), Google, unmaßstäblich)

Der Änderungsbereich mit einer Größe ca. 0,70 ha ist in der Planzeichnung dargestellt. Die Flur- bzw. Flurstücksnummern gehen aus der Planunterlage hervor.

Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung beinhaltet folgende Nutzungen:

- ❖ Flächen für „Gewerbegebiete“ (GE) gemäß § 8 BauNVO
- ❖ Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- ❖ Flächen für ein Regenrückhaltebecken

1.3 Städtebauliche Bestandsaufnahme

Die Flächen des Änderungsbereichs sind im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 11 als Gewerbegebiet „GE“ festgesetzt. Ein Teilbereich mit einer Größe von ca. 1.550 m² befindet sich planungsrechtlich im Außenbereich und wird auch nicht von den Darstellungen des rechtskräftigen Flächennutzungsplans erfasst. Hierbei handelt es sich um Flächen im Landschaftsschutzgebiet (LSG) für die ein Löschantrag beim LK Emsland gestellt wurde.

Die Änderungsflächen im Ursprungsplan sind bebaut und werden gewerblich genutzt. Die Teilflächen des Änderungsbereiches die im LSG liegen, sind unbebaut und stellen sich als bewachsene Uferrandzone des Emsaltarms dar.

Der Änderungsbereich wird im nordöstlichen Bereich durch gewerbliche Flächen (BPlan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“) und im südwestlichen Bereich durch das LSG mit dem Ems-Altarm arrondiert. Östlich des Änderungsbereiches verläuft die Burgstraße (Gemeindestraße).

1.4 Übergeordnete Planungsvorgaben

Das Landesraumordnungsprogramm legt die Ziele der Raumordnung fest, die der Erfüllung der in § 1 des Nds. Gesetzes der Raumordnung und Landesplanung gestellten Aufgaben und der Verwirklichung der Grundsätze des § 2 des Raumordnungsgesetzes des Bundes dienen. Das derzeit gültige Landesraumordnungsprogramm für Niedersachsen stammt aus dem Jahr 2008.

Die Ziele des Landesraumordnungsprogrammes werden gem. § 6 Abs. 1 Nds. Raumordnungsgesetz in den Regionalen Raumordnungsprogrammen konkretisiert. Das Regionale Raumordnungsprogramm für den Landkreis Emsland wurde im Jahr 2010 neu aufgestellt und aus dem Landesraumordnungsprogramm entwickelt.

Das Plangebiet liegt gemäß der zeichnerischen Darstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2010 Landkreis Emsland (RROP 2010) in einem bauleitplanerisch gesicherten Bereich (RROP 2.2 01).

Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2010 des LK Emsland ist der Löschungsbereich als „Gewässer“ (RROP 2010; 3.2 01) ausgewiesen, weitergehende Festsetzungen können den zeichnerischen Darstellungen zum RROP 2010 nicht entnommen werden, da übergeordnete Signaturen über dem Löschungsbereich angeordnet sind.

Die Zielsetzung des Ursprungsplans durch die Festsetzung von gewerblich nutzbaren Flächen wird durch die Änderung des Teilbereiches auch weiterhin umgesetzt.

Alternative Standorte wurden nicht untersucht, da es sich um die Überplanung eines durch einen Bebauungsplan strukturierten Bereiches handelt und somit die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich forciert wird und eine Überplanung freier Landschaftsräume nur geringfügig erforderlich ist.

Somit wird den Vorgaben des § 1a BauGB nach sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden nachgekommen.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes wurden gem. § 8 Abs. 2 BauGB aus dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Rhede (Ems) entwickelt.

Da nur eine Fläche von ca. 1.550 m² aus dem LSG nicht im rechtswirksamen Flächennutzungsplan enthalten ist, plant die Gemeinde Rhede (Ems) diesen Bereich im Wege einer Berichtigung anzupassen bzw. in ein zukünftiges Verfahren einzustellen.

Die Entwicklung des Änderungsbereiches steht entsprechend den vorgenannten Vorgaben im Einklang mit den Darstellungen und Anforderungen des RROP 2010 sowie den Zielsetzungen des Landkreises Emsland und der Gemeinde Rhede (Ems).

Zusammenfassend kann gefolgert werden, dass übergeordnete Planungen der Änderung des vorliegenden Bebauungsplanes nicht entgegenstehen.

1.5 Planung

1.5.1 Verkehrliche Erschließung

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die ausgebaute Gemeindestraße „Burgstraße“ mit Anbindung an die Landesstraße 52.

Die Erschließung erfolgt über bestehende Zufahrten und Gewerbeflächen. Eine Festsetzung von öffentlichen Verkehrsflächen ist nicht erforderlich.

1.5.2 Wasserwirtschaftliche Erschließung

1.5.2.1 Oberflächenentwässerung

Für die Ableitung des Oberflächenwassers liegt eine Erlaubnis (Ze 681/657-20-191.2009048 v. 16.10.2009) gemäß den §§ 3,4 und 10 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vor.

In den Nebenbestimmungen wurde verfügt, dass bei einer Erweiterung des Einzugsgebietes eine neue wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen ist.

Dieser Auflage wurde durch die Erstellung eines wasserrechtlichen Antrags auf der Grundlage der vorliegenden Planungen Rechnung getragen. Der Antrag liegt der Unteren Wasserbehörde des LK Emsland zur Genehmigung vor.

Das im Antrag aufgeführte, vergrößerte Regenrückhaltebecken wurde als Fläche für die Wasserwirtschaft in der Planzeichnung festgesetzt.

Das geplante Entwässerungskonzept kann der Abbildung 2: Lageplan Entwässerungskonzept entnommen werden.

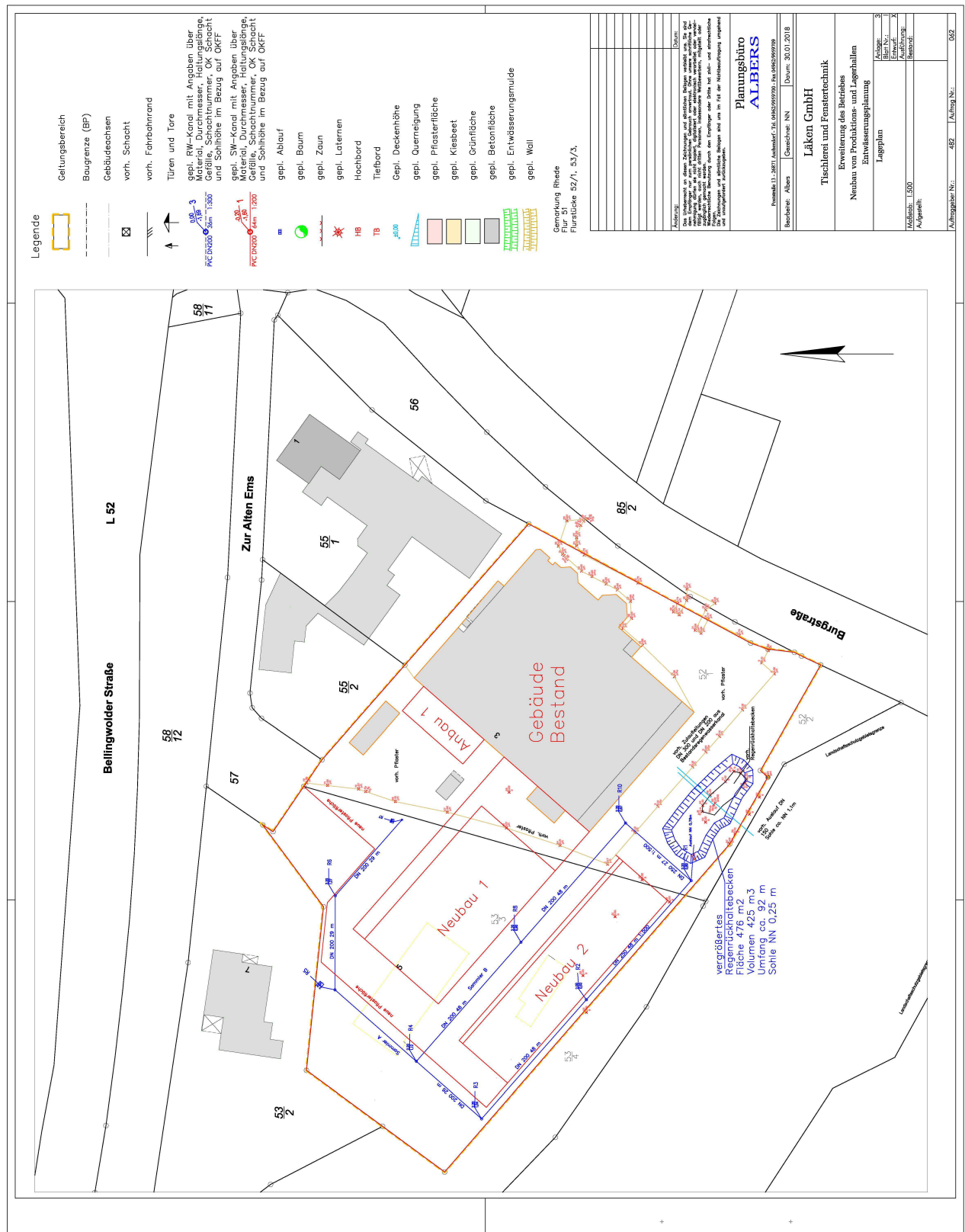


Abbildung 2: Lageplan Entwässerungskonzept

1.5.2.2 Schmutzwasserkanalisation

Der Geltungsbereich des Ursprungsplans ist an das Schmutzwasserkanalisationsnetz der Gemeinde Rhede (Ems) angeschlossen. Der Änderungsbereich wird an das interne Kanalisationsnetz angebunden.

Die Ableitung erfolgt über Freispiegelleitungen in die vorhandene Kanalisation im Bereich der Burgstraße. Anschließend wird das Schmutzwasser zur Kläranlage Rhede (Ems) geführt.

1.5.3 Sonstige Erschließung

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland.

Evtl. anfallender Sonderabfall wird einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zugeführt.

Der Geltungsbereich wird an das Versorgungsnetz der Energieversorgung Weser-Ems (Elt und Gas) und an das Netz der Deutschen Telekom oder eines anderen Anbieters angeschlossen.

Die Versorgung mit Trinkwasser wird durch den Wasserverband "Hümmling" sichergestellt.

Die Versorgungsunternehmen werden rechtzeitig vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Rahmen eines Ortstermins in die Maßnahme eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Herstellung der erforderlichen Ver- und Entsorgungsanlagen.

1.5.4 Versorgungsleitungen

Vorhandene Leitungstrassen im öffentlichen Verkehrsraum sind bei den Umbaumaßnahmen zu beachten. Die Gemeinde wird dafür Sorge tragen, dass die bauausführende Firma sich rechtzeitig Bestandspläne bei den zuständigen Versorgungsunternehmen besorgt und die weiteren Maßnahmen abstimmt.

1.5.5 Immissionsschutz

Das im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 11 „Zubringer zur A 31 festgesetzte Gewerbegebiet wurde hinsichtlich der zulässigen Immissionen nicht eingeschränkt. Durch die geringfügige Erweiterung der gewerblich nutzbaren Flächen sind keine Änderungen hinsichtlich der zulässigen Immissionen zu erwarten.

Durch die betriebliche Erweiterung ist mit keiner relevanten Steigerung der Verkehrsbelastung auf der Burgstraße zu rechnen. Immissionsrechtliche Belange hinsichtlich der umliegenden schützenswerten Nutzungen werden hierdurch nicht betroffen.

1.5.6 Bodenordnende Maßnahmen

Die Flächen des Änderungsbereiches befinden sich im Eigentum des Betriebseigentümers bzw. der Gemeinde Rhede (Ems).

1.5.7 Altlasten

Altlasten im Plangebiet die eine Bebauung des Änderungsbereiches einschränken oder verhindern sind der Gemeinde Rhede (Ems) nicht bekannt.

1.5.8 Denkmalpflege

Ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde im Plangebiet die eine Bebauung des Plangebietes einschränken oder verhindern sind der Gemeinde Rhede (Ems) nicht bekannt.

1.5.9 Natur und Landschaft/Umweltbericht

Der in das Bundesnaturschutzgesetz eingefügte § 18 (hier insbesondere Abs. 1) regelt das Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht unmittelbar und ohne weitere Ausführungen in der Ländergesetzgebung. Gem. § 1a Abs. 3 BauGB sind die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a BauGB bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem BNatSchG) in der Abwägung zu berücksichtigen.

Danach ist in den Bauleitplänen über die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege zu entscheiden, wenn aufgrund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind. Dazu gehören ausdrücklich auch Entscheidungen über Darstellungen bzw. Festsetzungen nach den §§ 5 oder 9 BauGB, die dazu dienen, die zu erwartenden Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes auszugleichen, zu ersetzen oder zu mildern.

Grundsätzlich ist als wichtigstes Element des Vermeidungsgrundsatzes gemäß § 13 BNatSchG die Standortwahl und u. a. der Erhalt von Strukturen, die das Orts- und Landschaftsbild prägen und die von Bedeutung für Arten- und Lebensgemeinschaften sind, hervorzuheben. In der Bedarfs- und Standortbegründung ist ausführlich dargelegt, dass der Eingriff an dem vorgesehenen Standort unvermeidbar ist.

Gemäß § 15 BNatSchG sind unvermeidbare Eingriffe auszugleichen. In der Bauleitplanung ist hierüber gem. § 1a Abs. 3 BauGB im Rahmen der Abwägung zu entscheiden. Die Belange von Natur und Landschaft sind entsprechend ihrem tatsächlichen Gewicht in die Abwägung einzustellen, und es ist im Rahmen der Planung dafür Sorge zu tragen, dass auch die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung von erforderlichen Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen geschaffen werden.

Aus der Änderung des Bebauungsplanes ergeben sich zusätzliche erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft.

Der gemäß § 2a BauGB geforderte Umweltbericht ist als Teil 2 der vorliegenden Begründung beigelegt. Durch eine Bilanzierung wird dargelegt, dass der durch die Planung vorbereitete Eingriff im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes innerhalb bzw. außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes durch geeignete Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden kann.

Werden Bebauungspläne im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 3 UVPG, insbesondere bei Vorhaben nach den Nr. 18.1 bis 18.9 der Anlage 1 des UVPG, aufgestellt, geändert oder ergänzt, wird die Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich der Vorprüfung des Einzelfalls nach § 2 Abs. 1 Satz 1 bis 3 UVPG sowie den §§ 3 bis 3 f UVPG im Aufstellungsverfahren als Umweltprüfung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches durchgeführt. Abweichend von Satz 1 entfällt eine nach diesem Gesetz vorgeschriebene Vorprüfung des Einzelfalls, wenn für den aufzustellenden Bebauungsplan eine Umweltprüfung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches, die zugleich den Anforderungen einer Umweltverträglichkeitsprüfung entspricht, durchgeführt wird.

Die Umweltprüfung ist in die bestehenden Verfahrensschritte der Bauleitplanung integriert. Sie ist ein unselbstständiger Teil des Bauleitplanverfahrens. Das Prüfprogramm wird in § 2 IV BauGB festgelegt. Gegenstand der Umweltprüfung, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden, sind die Umweltbelange. Die Gemeinde legt dazu für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist.

Die Gemeinde Rhede (Ems) kommt durch die Aufstellung dieses Umweltberichtes einer Umweltprüfung entsprechend den Vorgaben des Baugesetzbuches nach. Das Ergebnis der Umweltprüfung wird in der Abwägung berücksichtigt.

Für die Überplanung der Flächen im Landschaftsschutzgebiet Emstal (LSG EL 00023) wurde ein Löschungsantrag gem. § 26 BNatSchG und § 19 NAGBNatSchG beim LK Emsland eingereicht.

Das Verfahren zur Löschung des Änderungsbereiches aus dem LSG wurde abgeschlossen. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Emsland Nr. 02/2017 vom 31.01.2017 ist die Änderung der Landschaftschutzverordnung „Emstal“ (Verordnung vom 16.04.1981) gemäß des Antrages in Kraft getreten.

1.6 Festsetzungen des Bebauungsplanes und Hinweise

1.6.1 Art der baulichen Nutzung

In dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Rhede (Ems) ist der Änderungsbereich als „gewerbliche Baufläche“ (G) dargestellt.

Gemäß dem speziellen Bedarf wurde im Änderungsbereich folgende bauliche Nutzung gem. BauNVO festgesetzt:

- Gewerbegebiet gem. § 8 BauNVO, dieses Gebiet dient vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben.

1.6.2 Maß der baulichen Nutzung

Um eine städtebaulich geordnete Entwicklung sowie ein einheitliches Ortsbild zu gewährleisten, wurde in Anlehnung an die Festsetzungen des Ursprungsplans die Grundflächenzahl mit 0,8, die Geschossflächenzahl mit 1,2 und die Zahl der Vollgeschosse mit II festgesetzt.

Aufgrund der exponierten Randlage zum Ort bzw. zum Emsaltarm wurde aus städtebaulichen Gründen die Geschossflächenzahl und die Zahl der Vollgeschosse verringert.

1.6.3 Bauweisen und Baugrenzen

Für den Änderungsbereich wurde in Anlehnung an den Ursprungsplan keine Bauweise festgesetzt, dadurch ist eine größtmögliche Baufreiheit auf den Betriebsgrundstücken gewährleistet.

Die Baugrenzen sind jedoch so gewählt, dass ein Gestaltungsfreiraum im Hinblick auf die Bebauung des Grundstückes erhalten bleibt.

Durch die vorgenannten Festsetzungen wird eine einheitliche städtebauliche Ordnung sowie eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Gesamtgebietes gewährleistet.

1.6.4 Textliche Festsetzungen

1. Gebäudehöhe/Firsthöhe/Traufhöhe (§ 9 Abs.1 BauGB, § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO, § 18 Abs. 1 BauNVO)

Die Gebäudehöhe bzw. Firsthöhe wird auf maximal 8,00 m festgesetzt.

Die Mindesthöhe der Traufpunkte (Schnittpunkt Außenwand mit Dachfläche) der Gebäude im Änderungsbereich wird auf höchstens 6,00 m festgesetzt.

Bezugshöhe ist die Oberkante fertige Fahrbahn der zur Erschließung des Grundstücks dienenden Straße (gemessen in Fahrbahnmitte).

Diese Festsetzung ist erforderlich, um die Maßstäblichkeit der Gesamtbebauung zu wahren und entspricht dem von der Gemeinde Rhede (Ems) entworfenen Gestaltungsrahmen.

2. Zufahrten in der Schutzpflanzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr.11 BauGB)

Innerhalb der im Änderungsbereich festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB) ist die Herstellung von zwei Zufahrten mit einer Gesamtfläche von maximal 200 m² zulässig.

Diese Festsetzung dient der wirtschaftlichen und verkehrssicheren Erschließung des Plangebietes unter Berücksichtigung erforderlicher naturschutzfachlicher Kompensationsmaßnahmen.

1.6.5 Ökologische Festsetzungen

1. **Kompensationsmaßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches**

Um eine Verbesserung der Habitatbedingungen und die Schaffung einer Pufferzone zwischen dem Gewerbegebiet und umgebender Landschaft für Flora und Fauna herzustellen, sind folgende Maßnahmen vorzunehmen:

- **„Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ (Privat (p)) (E1)**

Es wird eine Fläche mit Bindung zur Anpflanzung von heimischen Gehölzen (Pflanzfläche privat (p)) festgesetzt (siehe Kompensationsmaßnahme E1). Innerhalb dieser ca. 305 m² großen „Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ erfolgt eine Bepflanzung mit heimischen Gehölzen (HPG). Diese dient als Eingrünung des Regenrückhaltebeckens und schafft eine „optische Trennung“ des Gewerbegebietes von der umgebenen Landschaft.

Die Flächen werden mit Gehölzarten der heimischen Region bepflanzt.

Des Weiteren erfolgt eine Anpflanzung der neu gestalteten Böschung mit heimischen Bäumen und Sträuchern (HPG) im südwestlichen Geltungsbereich (Kompensationsmaßnahme E2). Die Pflanzung verläuft somit entlang des Gewerbegebietes und schafft einen Puffer bzw. Übergang mit naturnahen Strukturen vom Gewerbe zum Ems-Altarm bzw. zur umgebenen Landschaft.

- **„Herstellung und Entwicklung einer naturnahen Böschungsbepflanzung mit Bäumen und Sträuchern“ (HPG) (E2)**

Im Rahmen des „Antrags zur Löschung eines Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes „Emstal“ (LSG EL 23) wurde in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland festgelegt, dass nach der erforderlichen Aufhöhung des Erweiterungsbereiches die dadurch entstehenden Böschung mit standortgerechten einheimischen Gehölzen zu bepflanzen ist. Wobei die Böschung sich im Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung bzw. im Löschungsbereich befinden muss. Die aktuelle Böschung wird aufgegriffen. Die Böschungsneigung soll an den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden und nach Möglichkeit eine naturnahe Gestaltung aufweisen.

Die Pflanzung erfolgt auf einer Fläche von ca. 750 m² mit Gehölzen der heimischen Region. Die Böschungsbepflanzung kann an die zuvor festgesetzte Fläche mit Bindung zur Anpflanzung von heimischen Gehölzen (Pflanzfläche privat (p)) (siehe Kompensationsmaßnahme E1) anschließen.

Folgende Arten können für beiden Pflanzmaßnahmen zur Bepflanzung herangezogen werden:

Bäume:

Feldahorn	(Acer campestre)
Spitzahorn	(Acer platanoides)
Hainbuche	(Carpinus betulus)
Esche	(Fraxinus excelsior)
Stieleiche	(Quercus robur)
Hainbuche	(Carpinus betulus)
Silberweide	(Salix alba)
Bruchweide	(Salix fragilis)

Sträucher:

Schlehe	(Prunus spinosa)
Roter Hartriegel	(Cornus sanguinea)
Hasel	(Corylus avellana)
Pfaffenhütchen	(Euonymus europaeus)
Schwarzer Holunder	(Sambucus nigra)
Gew. Schneeball	(Viburnum opulus)
Kreuzdorn	(Rhamnus cathartica)
Purpurweide	(Salix purpurea)
Mandelweide	(Salix triandra)
Ohrweide	(Salix aurita)
Salweide	(Salix caprea)
Grauweide	(Salix cinerea)
Korbweide	(Salix viminalis)

Für die Bepflanzung sind 1 x verpflanzte leichte Sträucher in einer Größe von 70-100 cm zu verwenden. Die einzelnen Gehölzarten sind in Gruppen von 5-7 Stück zu setzen. Tendenziell sind die Baumarten stärker in der Mitte der Pflanzungen einzubauen, Straucharten mehr an den Rändern. Der Pflanzabstand beträgt 1,50 m x 1,50 m. Es kann in Reihen oder im losen Verband gepflanzt werden. In diesem Fall sind die einzelnen Arten (außer Hochwüchsige) gruppenweise, dichtreihig zu pflanzen (3-10 Stück pro Art). Es soll in der Breite variiert werden, um auch konkurrenzschwächeren Arten das Überleben zu sichern und um das Landschaftsbild aufzuwerten. Zum Schutz gegen Wildverbiss wird die Aufstellung eines Wildschutzzaunes empfohlen. Die Anpflanzung ist in der auf den Baubeginn folgenden Pflanzperiode, vornehmlich im Herbst, durchzuführen.

Die Anpflanzung ist dauerhaft zu erhalten und bis zur Erlangung eines wüchsigen Bestandes ca. 3 Jahre lang zu pflegen, d. h., in erster Linie ist ein Gras- und Krautbewuchs kurz zu halten. Eingegangene oder verbissene Gehölze sind jeweils in der nächstfolgenden Pflanzperiode zu ersetzen. Die

Pflanzenliste kann durch Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland erweitert bzw. verändert werden.

2. **Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches**

(gem. § 9 Abs.1a BauGB i. V. m. § 1a BauGB)

Kompensationsmaßnahmen A1

- **Herstellung und Entwicklung eines naturnahen Verlandungsbereiches nährstoffreicher Stillgewässer (VE)**

Der Ems-Altarm in der Gemeinde Rhede zählt aufgrund der hohen Nährstoffversorgung als eutroph (bis polytroph). Die Schaffung einer naturnahen Uferzonierung mit Schwimmblattpflanzen, Großseggenrieden, Röhrichten und Hochstaudenfluren sowie feuchten Weidenbüschen soll zur Verbesserung der Wasserqualität und damit zur ökologischen Aufwertung des Altarmgewässers beitragen. Für die Aufwertung des Gewässers durch die Herstellung und Entwicklung eines naturnahen Verlandungsbereiches ist die Gewässertiefe entscheidend für die Ausprägung der verschiedenen Zonen. Ziel ist es, eine Zonierung des Altarmufers anhand der örtlichen Gegebenheiten herzustellen. Des Weiteren ist der Zonierung entsprechend das Setzen von verschiedenen Pflanzenarten durchzuführen. Der Verlandungsbereich umfasst eine Fläche von insgesamt 1.100 m². Hierbei ist auf standortgerechte, heimische Arten zu achten. Folgende Pflanzenarten sind nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises zu verwenden:

- Röhrichtzone:
 - Schilfrohr (Phragmites communis)
 - Rohrkolben (Typha latifolia)
 - Gewöhnliche Teichsimse (Schoenoplectus lacustris)
- Schwimmblattzone:
 - Weiße Seerose (Nymphaea alba)
 - Europäische Seekanne (Nymphoides peltata)
- Tauchblattzone:
 - Kamm-Laichkraut (Potamogeton pectinatus)
 - Kleines Laichkraut (Potamogeton pusillus)
 - Quirlige Tausendblatt (Myriophyllum verticillatum)
 - Raues Hornblatt (Ceratophyllum demersum)
 - Europäische Wasserfeder (Hottonia palustris)
 - Übersehener Wasserschlauch (Utricularia australis)

Der Pflanzabstand beträgt 30 cm x 30 cm. Die Pflanzenliste sowie die Pflanzabstände etc. kann durch Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland erweitert bzw. verändert werden.

Die Herstellung der zuvor beschriebenen Kompensationsmaßnahmen erfolgt so, dass die Schutzvorschriften des § 78 WHG und die wasserrechtlichen Belange berücksichtigt werden.

Sollten die Baum- und Strauchstrukturen der Uferbereiche beeinträchtigt bzw. beschädigt werden, sind diese durch Weidenstecklinge und Roterlen (Heisterpflanzen) zu ersetzen. Grundsätzlich sind auetypische bzw. hochwasserverträgliche Baum- und Straucharten zu wählen.

Die Fläche dient ausschließlich zu Kompensation eines Eingriffs in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild und soll sich ausschließlich dem Naturschutz und der Landschaftspflege widmen.

3. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit dem besonderen Artenschutz Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem besonderen Artenschutz:

Vermeidungsmaßnahme V1: Notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben erfolgen außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben) zur Vermeidung der Zerstörung von Gelegen (Zeitraum: 1. März bis 31. Juli).

Vermeidungsmaßnahme V2: Die nächtliche Beleuchtung des Betriebsgeländes ist so zu gestalten, dass eine Ausleuchtung des Rheder Ems-Altarms vermieden wird und vorkommende Brutvogel- und Fledermausarten nicht gestört werden. Die Beleuchtung ist mit Lichtquellen bzw. Leuchtmitteln, die insektenfreundliche Lichtwellen ausstrahlen, auszurüsten.

Vermeidungsmaßnahme V3: Evtl. notwendige Fäll- und Rodungsarbeiten erfolgen nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September (siehe § 39 Abs. 5 BNatSchG) zur Vermeidung baubedingter Tötungen oder Verletzungen von Gehölzbrütern und gehölzbewohnenden Fledermäusen unterschiedlicher Strukturen.

Vermeidungsmaßnahme V4: Der Gehölzeinschlag ist auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu reduzieren, um potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erhalten.

Vermeidungsmaßnahme V5: Evtl. notwendige Umbau- und Abrissarbeiten von Gebäuden erfolgen nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September zur Vermeidung baubedingter Tötungen oder Verletzungen von Gebäudebrütern und gebäudebewohnenden Fledermäusen.

Vermeidungsmaßnahme V6: Werden im Zuge des Neubaus Abriss- oder Umbaumaßnahmen durchgeführt, so sind diese durch eine ökologische Baubegleitung eines qualifizierten Fachbüros zu begleiten.

4. Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

Um dem Haussperling ausreichend Höhlen- und Nischenstrukturen für die Brut im Bereich der Tischlerei zur Verfügung zu stellen, ist folgende Ausgleichsmaßnahme umzusetzen.

- CEF-Maßnahme 1: Zum Schutz der lokalen Population des Haussperlings sind **5 Haussperlingskästen** an beliebiger Stelle an Gebäuden der Tischlerei Laken in mindestens zwei Metern Höhe anzubringen und zu pflegen.

1.6.6 Örtliche Bauvorschriften gem. § 84 NBauO

1. Dächer

Als Farbe für Dächer von gewerblich genutzten Gebäuden im Änderungsbereich sind nur rote, graue oder braune Töne zulässig. Für untergeordnete Bauteile (Verbindungs-Teile, Abdichtungs-Elemente etc.) sind darüber hinaus andere Farben zulässig.

2. Fassaden

Die Fassaden der gewerblich genutzten Gebäude im Änderungsbereich sind in der farblichen Gestaltung der Dacheindeckung anzupassen, hierzu sind graue, braune oder grüne Töne zulässig. Ausnahmsweise können andere Farben zugelassen werden, wenn diese sich gestalterisch in das Umfeld einfügen.

3. Dachneigung

Die Ausführung der Dachformen (Sattel-, Pult, Flachdach) ist bis zu einer Neigung von 25° zulässig.

4. Werbeanlagen

Werbeanlagen in Form von Schildern, Beschriftungen an den zur Emsstraße ausgerichteten Gebäudefassaden sind nicht zulässig. Dies gilt auch für freistehende Werbeeinrichtungen.

Werbeanlagen sind alle örtlich gebundenen Einrichtungen, die der Ankündigung, der Anpreisung oder als Hinweis auf Gewerbe oder Beruf dienen und vom öffentlichen Verkehrsraum (Emsstraße) aus sichtbar sind. Zu den Werbeanlagen gehören auch Fahnen, Wimpel, Steckfahnen, Pylone und Ähnliches.

5. Fassadenbegrünung

Die geplante Fassadenbegrünung der dem Emsaltarm zugewandten Gebäudeseiten soll aus einem Mix der nachfolgend aufgeführten Pflanzen erstellt werden. Die genaue Zusammenstellung der Pflanzen ist mit der LK Emsland/Gemeinde Rhede (Ems) abzustimmen.

Mit Kletterhilfe:

- Anemonen-Waldrebe (*Clematis montana* „Rubens“)
- Knöterich (*Polygonum aubertii*)
- Immergrünes Geißblatt (*Lonicera henryi*) (immergrün)
- Jelängerjelier (*Lonicera caprifolium*)
- Feuer-Geißblatt (*Lonicera heekrottii*)

Selbstklimmer:

- Wilder Wein (*Parthenocissus tricuspidata* „Veitchii“)
- Wilder Wein (*Parthenocissus quinque folia* var. „Engelmanniana“)
- Kletterhortensie (*Hydrangea anomala* ssp. *Petiolearis*)
- Efeu (*Hedera helix*) (immergrün)
- Winterjasmin (*Jasminum nudiflorum*) (winterblühend, verhakt sich in andere Pflanzen)

1.6.7 Hinweise

a) Bodenfunde

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen (§ 14 Abs. 1 NDSchG).

Bodenfunde und Fundstellen sind bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet (§ 14 Abs. 2 NDSchG).

Die Untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Emsland ist telefonisch erreichbar unter (05931) 44-4041 oder 44-4039.

b) Baugrund

Den Bauwilligen wird empfohlen, vor Beantragung der bauaufsichtlichen Genehmigung Baugrunduntersuchungen nach DIN 1054/DIN EN 1997-1 vornehmen zu lassen.

c) Brandschutz

Die Sicherstellung des Brand- und Feuerschutzes für das Plangebiet wird von der Freiwilligen Feuerwehr Rhede (Ems) gewährleistet.

Im Einvernehmen mit der Gemeinde, der Feuerwehr und der hauptamtlichen Brandschau werden die Einrichtungen zur Löschwasserversorgung für den Brandfall (Zisternen, Hydranten, Ausstattung der Feuerwehr mit technischem Gerät usw.) festgelegt, von der Gemeinde errichtet und unterhalten.

Die Vorgaben des DVGW-Arbeitsblattes W 405 werden bei der Umsetzung der Löschwasserversorgung beachtet.

Zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes werden bei der Ausführung folgende Maßnahmen berücksichtigt:

1. Die erforderlichen Straßen werden vor Fertigstellung der Gebäude so hergestellt, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.
2. Die Löschwasserversorgung wird so erstellt, dass ein Löschwasserbedarf von 800 l/min (48 m³/h) vorhanden ist. Löschwasser kann zusätzlich aus dem ca. 25 m südwestlich des Plangebietes verlaufenden Ems-Altarms entnommen werden.
3. Die erforderlichen Hydranten werden in einem maximalen Abstand von 150 m zu den einzelnen Gebäuden errichtet.

d) Abfallentsorgung

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der jeweils gültigen Satzung zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland.

Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland.

e) Kampfmittelbeseitigung

Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landesamtes für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen (LGLN) zu benachrichtigen.

f) Immissionsschutz/Verkehrsimmissionen

Von der Landesstraße 52 gehen Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

g) Versorgungsleitungen

Die Lage der Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Telekommunikation, Wasser, Abwasser) ist den jeweiligen Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen; die notwendigen Schutzvorkehrungen und Nutzungsbeschränkungen sind zu beachten. Vor Beginn der Bauausführung sind mit den jeweiligen Leitungsträgern die erforderlichen Abstimmungsgespräche zu führen und der Beginn der Bauausführung zu koordinieren.

h) Vorschriften

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften können im Rathaus der Gemeinde Rhede (Ems), Bauamt Zimmer 17, eingesehen werden.

i) Bauliche Nutzung

Für diesen Bebauungsplan gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S.132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Grundgesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).

j) Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt gemäß § 213 BauGB und § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Festsetzungen bzw. den örtlichen Bauvorschriften des vorliegenden Bebauungsplanes zuwider handelt.

Als Tatbestand gilt die Nichteinhaltung der im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen bzw. Bauvorschriften.

Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 213 Abs. 2 BauGB und § 80 Abs. 5 NBauO mit Geldbußen geahndet werden.

1.7 Flächenbilanz

Die Flächen des Änderungsbereiches gliedern sich wie folgt:

Fläche des Änderungsbereiches	ca.	0,70 ha
davon		
Gewerbegebiet	ca.	0,56 ha
Fläche zum Anpflanzen:	ca.	0,09 ha
Fläche für ein Regenrückhaltebecken	ca.	0,05 ha

1.8 Durchführung der Planung und Kosten

Das Bauleitplanverfahren wird von der Gemeinde Rhede (Ems) durchgeführt.

Außer den Planungskosten fallen Kosten für die Durchführung der Kompensationsmaßnahmen an.

Die Gemeinde wird die Kostenverteilung mittels eines städtebaulichen Vertrags mit dem betroffenen Betriebseigentümer regeln.

1.9 Sparsamer Umgang mit Grund und Boden

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Grundsätze des § 1a Abs. 2 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen. Danach soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt, insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung, zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.

Aus den Ausführungen in dieser Begründung ist zu entnehmen, dass den vorgenannten Grundsätzen entsprochen wird.

Teil 2 Umweltbericht

2.1 Einleitung

2.1.1 Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte des Bebauungsplanes

Die Gemeinde Rhede (Ems) hat im Jahr 1989 den Bebauungsplan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ aufgestellt. Inhalt der Planungen war die städtebauliche Entwicklung von anliegenden Flächen im Zug der Herstellung der Anbindung an die Autobahn 31. Dieser rechtskräftige Bebauungsplan soll nunmehr im Verfahren zur 1. Änderung in einem Teilbereich überplant werden.

Anlass für die Änderung des Bebauungsplans ist die Absicht eines im Gewerbegebiet angesiedelten Unternehmens zur Erweiterung der betrieblichen Anlagen. Speziell ist die Errichtung zusätzlicher Hallen für Fertigungszwecke und die Herstellung von Lagerflächen vorgesehen. Aufgrund der vorhandenen betrieblichen Struktur und optimierter Betriebsabläufe ist eine geringfügige Erweiterung des Betriebsgeländes in Richtung des Ems-Altarms erforderlich.

Der Firmeninhaber hat geprüft ob durch den Erwerb zusätzlicher verfügbarer angrenzender Fläche das geplante Erweiterungskonzept wirtschaftlich umsetzbar ist. Diese Prüfung ergab, dass ohne eine Änderung der gesamten gewachsenen und eingespielten Betriebsabläufe eine wirtschaftliche Umsetzung der Erweiterungspläne nicht möglich ist.

Auch ist eine Umsiedlung des gewachsenen Betriebes in das Industriegebiet an der A 31 keine wirtschaftliche Option. Da für die Erweiterung der Betriebsfläche ein Eingriff in das benachbarte Landschaftsschutzgebiet erforderlich ist, hat der Betriebsinhaber bereits im Vorfeld des erforderlichen Bauleitplanverfahrens die Untere Naturschutzbehörde des LK Emsland anlässlich eines Ortstermins über die Planungen informiert. Hierbei wurden entsprechend Vorgaben bezüglich der Gebietsabgrenzung zur Löschung des LSG gemacht, welche die Grundlagen des vorliegenden Änderungsbereiches sind.

Der Antrag zur Löschung des Änderungsbereiches aus dem LSG wurde zwischenzeitlich dem LK Emsland vorgelegt und das Verfahren eingeleitet. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Emsland Nr. 02/2017 vom 31.01.2017 ist die Änderung der Landschaftschutzverordnung „Emstal“ (Verordnung vom 16.04.1981) gemäß des Antrages in Kraft getreten.

Die Gemeinde Rhede (Ems) steht grundsätzlich positiv zu den geplanten Erweiterungsmaßnahmen, da diese den Standort des Betriebes auch zukünftig sichern und eine Entwicklung mit Steigerung der Produktpalette und auch einer eventuellen Erhöhung der Arbeitsplätze forcieren.

Gem. § 1 Abs. 3 BauGB haben die Städte, Samtgemeinden und Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen oder zu ändern, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.

Der Forderung des § 1a BauGB nach sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird nachgekommen.

Anlass für die Änderung des Bebauungsplans ist die Absicht eines im Gewerbegebiet angesiedelten Unternehmens zur Erweiterung der betrieblichen Anlagen. Speziell ist die Errichtung zusätzlicher Hallen für Fertigungszwecke und die Herstellung von Lagerflächen vorgesehen. Aufgrund der vorhandenen betrieblichen

Struktur und optimierter Betriebsabläufe ist eine geringfügige Erweiterung des Betriebsgeländes in Richtung des Ems-Altarms erforderlich.

Weitere Erläuterungen zu den Zielen und Inhalten des Bebauungsplanes Nr. 11 sind dem Punkt 1.1 „Planungsanlass und Entwicklungsziel“ (Teil 1 der Begründung) zu entnehmen.

2.1.2 Standort, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden

Der Änderungsbereich liegt nordöstlich des Ortskernes der Ortschaft Rhede (Ems), nordöstlich des Ems-Altarms und schließt sich südlich an den Geltungsbereich des Ursprungsplans an.

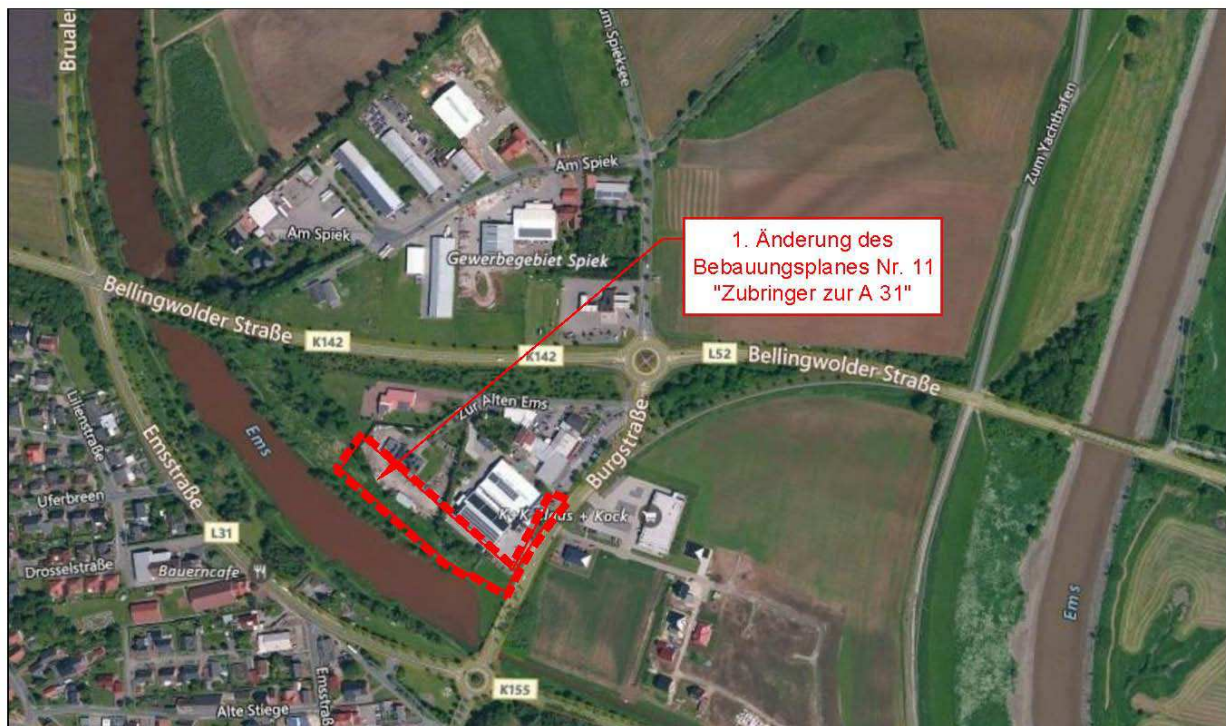


Abbildung 3: Lage im Raum (Quelle: Bing.com, Stand: 07/2016, unmaßstäblich)

Der Änderungsbereich mit einer Größe von ca. 0,70 ha ist in der Planzeichnung dargestellt. Die Flur- bzw. Flurstücksnummern gehen aus der Planunterlage hervor.

Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung beinhaltet folgende Nutzungen:

- ❖ Flächen für „Gewerbegebiete“ (GE) gemäß § 8 BauNVO
- ❖ Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (Schutzanpflanzung)
- ❖ Umgrenzung von Flächen für die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Pflanzfläche privat (p))
- ❖ Flächen für die Wasserwirtschaft (Regenrückhaltebecken)

Die Flächen des Änderungsbereichs sind im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 11 als Gewerbegebiet „GE“ festgesetzt. Ein Teilbereich mit einer Größe von ca. 1.550 m² befindet sich planungsrechtlich im Außenbereich und wird auch nicht von den Darstellungen des rechtskräftigen Flächennutzungsplans erfasst. Hierbei handelt es sich um Flächen im Landschaftsschutzgebiet (LSG), für die ein

Löschungsantrag beim LK Emsland gestellt wurde. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Emsland Nr. 02/2017 vom 31.01.2017 ist die Änderung der Landschaftschutzverordnung „Emstal“ (Verordnung vom 16.04.1981) gemäß des Antrages in Kraft getreten.

Die Änderungsflächen im Ursprungsplan sind bebaut und werden gewerblich genutzt. Die Teilflächen des Änderungsbereiches die im LSG lagen, sind unbebaut und stellen sich als bewachsene Uferrandzone des Emsaltarms dar.

Der Änderungsbereich wird im nordöstlichen Bereich durch gewerbliche Flächen (BPlan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“) und im südwestlichen Bereich durch das LSG mit dem Ems-Altarm arrondiert. Östlich des Änderungsbereiches verläuft die Burgstraße (Gemeindestraße).

Das Plangebiet ist von der folgenden Nutzungsstruktur umgeben:

- nördlich des Plangebietes
 - Gewerbegebiet (BPlan Nr. 11 „Zubringer zur Autobahn“)
- westlich des Plangebietes
 - Gewerbegebiet (BPlan Nr. 11 „Zubringer zur Autobahn“)
 - Landesstraße 52
- südlich des Plangebietes
 - Landschaftschutzgebiet (LSG) „Emstal“ (planungsrechtlicher Außenbereich)
- östlich des Plangebietes
 - Wohnbauflächen und großflächiger Einzelhandel (Geltungsbereich B-Plan Nr.18 „Timpfauk“)
 - Gemeindestraße Burgstraße

2.1.3 Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen und ihre Berücksichtigung

Fachgesetze

Für das anstehende Bauleitplanverfahren ist die Eingriffsregelung des § 1a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 14 BNatSchG beachtlich, auf die im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes im Zuge der Umweltprüfung mit einem Umweltbericht reagiert wird.

Die Bewirtschaftung des Wasserhaushaltes ist mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung i. S. von § 1 Abs. 5 BauGB so zu entwickeln, dass auch nachfolgenden Generationen ohne Einschränkungen alle Optionen der Gewässernutzung offen stehen. Beim Schutzgut Wasser sind die Bereiche Grundwasser und Oberflächenwasser zu unterscheiden.

Der Anforderung des Baugesetzbuches in § 1a Abs. 2 Satz 1 ist zu entsprechen. Dieser wird folgend wiedergegeben: „Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde, insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von

Flächen, Nachverdichtungen und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen“.

Im Plangebiet gelten keine Erhaltungsziele und Schutzzwecke von Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung oder der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes (Quelle: Umweltkartenserver NLWKN).

Östlich angrenzend befinden sich in ca. 600 m Entfernung Außendeichs ein nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes geschütztes NATURA-2000 Gebiet. Hierbei handelt es sich um das FFH-Gebiet Nr. 13 „Ems“, welches durch die Ausweisung als LSG EL 32 „NATURA-2000-Emsauen von Salzbergen bis Papenburg“ in nationales Recht überführt wurde. Ebenfalls ist das Vogelschutzgebiet V16 „Emstal von Lathen bis Papenburg“ durch die Ausweisung als LSG EL 29 „Rhede-Flaar“ in nationales Recht überführt. Des Weiteren ist der Bereich u.a. als Landschaftsschutzgebiet (LSG Emstal) und als Naturschutzgebiet (NSG Emsauen zwischen Herbrum und Vellage) ausgewiesen.

Fachplanungen

Das Landesraumordnungsprogramm legt die Ziele der Raumordnung fest, die der Erfüllung der in § 1 des Nds. Gesetzes der Raumordnung und Landesplanung gestellten Aufgaben und der Verwirklichung der Grundsätze des § 2 des Raumordnungsgesetzes des Bundes dienen. Das derzeit gültige Landesraumordnungsprogramm für Niedersachsen stammt aus dem Jahr 2008.

Die Ziele des Landesraumordnungsprogrammes werden gem. § 6 Abs. 1 Nds. Raumordnungsgesetz in den Regionalen Raumordnungsprogrammen konkretisiert.

Das Regionale Raumordnungsprogramm für den Landkreis Emsland wurde im Jahr 2010 neu aufgestellt und aus dem Landesraumordnungsprogramm entwickelt.

Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Das Plangebiet liegt gemäß der zeichnerischen Darstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2010 Landkreis Emsland (RROP 2010) in einem bauleitplanerisch gesicherten Bereich (RROP 2.2 01).

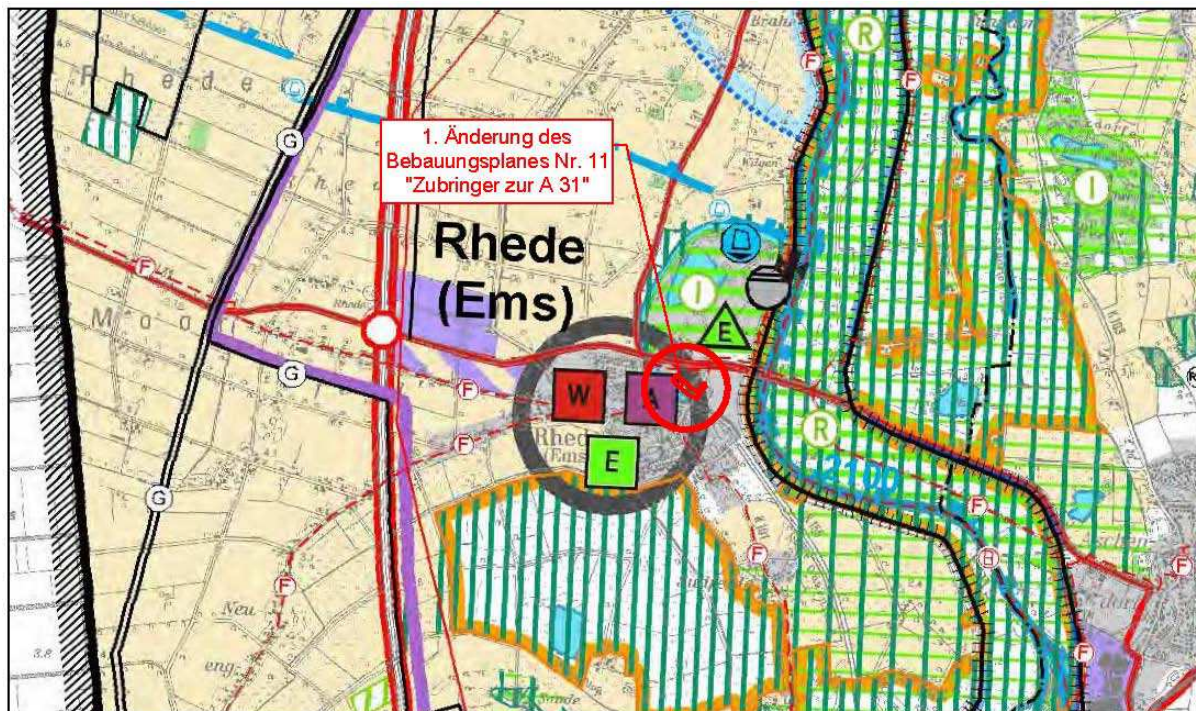


Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Emsland (2010) (unmaßstäblich)

Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2010 des LK Emsland ist der Änderungsbereich als „Gewässer“ (RROP 2010; 3.2 01) ausgewiesen, weitergehende Festsetzungen können den zeichnerischen Darstellungen zum RROP 2010 nicht entnommen werden, da übergeordnete Signaturen über dem Änderungsbereich angeordnet sind.

Die Zielsetzung des Ursprungsplans mit der enthaltenen Festsetzung von gewerblich nutzbaren Flächen wird auch durch die Änderung des Teilbereiches weiterhin umgesetzt.

Alternative Standorte wurden nicht untersucht, da es sich um die Überplanung eines durch einen Bebauungsplan strukturierten Bereiches handelt und somit die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich forciert wird und eine Überplanung freier Landschaftsräume nur geringfügig erforderlich ist.

Somit wird den Vorgaben des § 1a BauGB nach sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden nachgekommen.

Landschaftsrahmenplan (LRP)

Im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Emsland (LRP 2001) ist der Rheder Ems-Altarm sowie die angrenzenden Ufer- und Böschungsstrukturen als Bereich des Landschaftsschutzgebietes LSG „Emstal“ verzeichnet. Für den Anteil des Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes, der innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG) liegt, wurde ein Löschantrag beim LK Emsland gestellt und bewilligt.

Des Weiteren ist der südöstliche Altarm-Verlandungsbereich nach § 30 des BNatSchG gesetzlich geschützt. Weitere Schutzbereiche sind für den Geltungsbereich bzw. dessen Umgebung nicht im LRP verzeichnet.

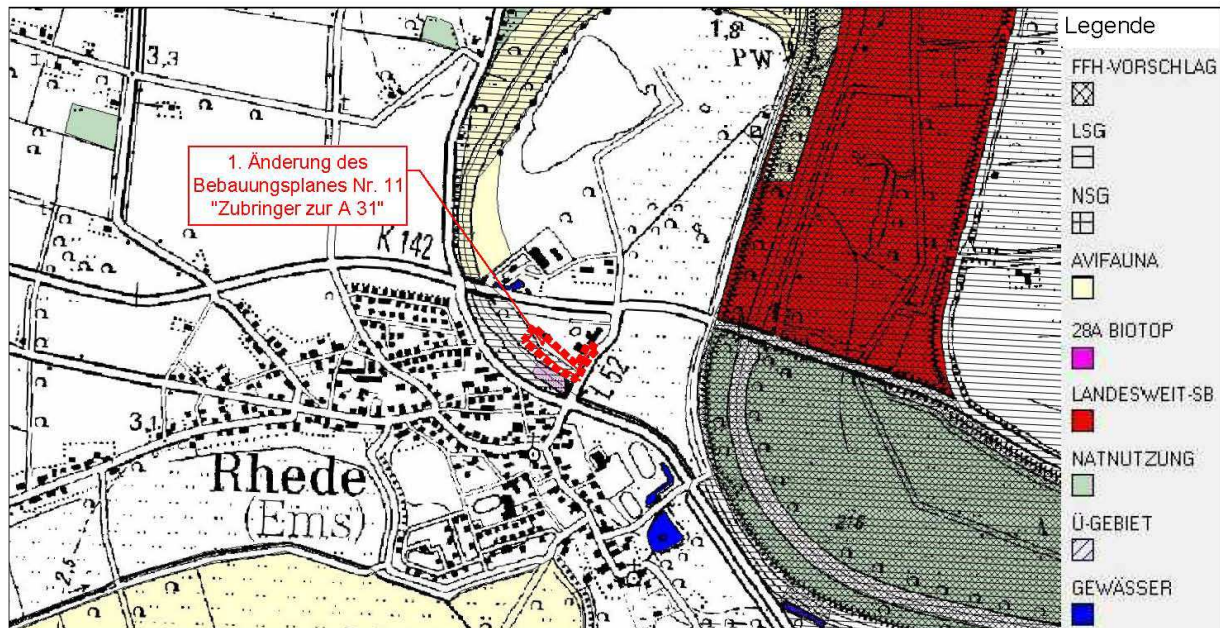


Abbildung 5: Auszug aus dem LRP 2001, ohne Maßstabsangabe (Quelle: Landkreis Emsland 2001)

Es folgte eine kurze Beschreibung der Schutzgebiete. Die Beschreibungen wurden dem LRP 2001 entnommen:

„Emstal – LSG EL 23“

„Aue eines vielfach ca. 50 m breiten, überwiegend wenig bzw. nicht begradigten Flusses. Der Fluss weist weite Mäander sowie stellenweise hohe Ufer-Abbruchkannten, Sandbänke, Auskolkungen und z.T. eine gut entwickelte Wasservegetation auf. An den Ufern z.T. sehr gut ausgeprägte Uferstaudenfluren, Röhrichte und Weidengebüsche. Etliche Altwässer und Altarme mit Verlandungsvegetation. Emstal abschnittsweise mit vielfältigem Relief aus Flutrinnen, Flutmulden und Dünen. In zeitweilig überfluteten bzw. qualmwasserbeeinflussten Bereichen stellenweise Hartholzauwald. Vereinzelt Reste von Erlen-Eschen-Auwald und Erlen-Bruchwald.“

Auf mehr oder weniger trockenen Standorten Dünenheide mit Wacholdergebüschen, Sandmagerrasen verschiedener Ausprägung (Borstgras-, Sandseggen- und Silbergras-Rasen) sowie mageres, mesophiles Grünland. In Feuchtbiotopen der Aue und randlicher Niedermoore örtlich Naßgrünland, Seggen-Riede, Röhrichte und Moorwälder. An Talrändern und hochgelegenen Teilen der Aue stellenweise mesophile sowie bodensaure Eichen- und Buchenwälder. Am Unterlauf der Ems Flußwatt mit Süßwasserröhrichten. Im Bereich von Arrondierungsflächen auch Kiefernforste, Intensivgrünland, Ackerflächen, stärker ausgebaute Flußabschnitte u.a..“

„Ems-Altarm Rhede - § 30 BNatSchG“

„Biotop-Nr.: 04.10/01

Größe in ha: ca. 0,7

„**Kurzbeschreibung:** Von Weiden gesäumtes Ems-Altwasser mit durch Steinschüttung befestigte Ufer. Unbeschattete Uferabschnitte werden lückig von Rohrglanzgras und Wasser-Schwaden eingenommen. Im Wasser nehmen der Übersehene Wasserschlauch und Kleines Laichkraut größeren Raum ein. Zwischen

den Brücken säumen diese beiden Arten die Ufer, jedoch nur in vereinzelt Exemplaren oder sehr kleinen Beständen.“

Landschaftsplan

Ein Landschaftsplan der Einheitsgemeinde Rhede (Ems) liegt nicht vor.

Zusammenfassend kann gefolgert werden, dass übergeordnete Planungen der Änderung des vorliegenden Bebauungsplanes nicht entgegenstehen.

2.1.4 Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden

Die Auswahl des Standorts ergibt sich insbesondere durch das Bestreben der Gemeinde, möglichst gering in wertvolle Bereiche des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes einzugreifen. Dies ist im vorliegenden Fall gegeben, da die Planung eine Erweiterung der bereits bestehenden Nutzungen umfasst und eine Überplanung freier Landschaftsräume nicht erforderlich ist. Es wird eine bauleitplanerische Optimierung des Standortes an die aktuellen Planungen der Gemeinde Rhede (Ems) angestrebt.

Durch die Nutzung von stark anthropogen belasteten Flächen wird der Anforderung des Baugesetzbuches in § 1a Abs. 2 Satz 1 entsprochen: „Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde, insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtungen und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.“

Nach § 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB wird zudem der Regelung entsprochen „Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden“, da die beanspruchte Fläche nur dem tatsächlichen Bedarf entspricht.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes dienen der weiteren Entwicklung und Stärkung der zugewiesenen Aufgaben. Die Gemeinde Rhede (Ems) steht grundsätzlich positiv zu den geplanten Erweiterungsmaßnahmen, da diese den Standort des Betriebes auch zukünftig sichern und eine Entwicklung mit Steigerung der Produktpalette und auch einer eventuellen Erhöhung der Arbeitsplätze ermöglicht. Es wird einer Zersiedelung der Landschaft entgegen gewirkt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass übergeordnete Planungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 nicht entgegenstehen. Die vorliegende Planung steht somit nicht im Widerspruch zu den vorgenannten Zielen.

2.1.5 Wirkfaktoren

Von dem Vorhaben oder durch einzelne Vorhabenbestandteile gehen unterschiedliche Wirkungen auf die zu betrachtenden Umweltschutzgüter aus. Die dabei entstehenden Wirkfaktoren können baubedingter, anlagebedingter oder

betriebsbedingter Art sein und dementsprechend temporäre oder nachhaltige Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter mit sich bringen.

Baubedingte Wirkfaktoren

Baubedingte Wirkfaktoren sind Wirkungen, die im Zusammenhang mit den Bauarbeiten auftreten können. Sie sind auf die Zeiten der Baumaßnahme beschränkt.

Baufeldfreimachung/Bauphase

Mit der Baufeldfreimachung findet eine Flächeninanspruchnahme mit dauerhafter Entfernung der vorhandenen Biotopstrukturen statt. In der Bauphase können Flächen beansprucht werden, die über das geplante Baufeld hinausgehen. Biotopstrukturen können im Zusammenhang mit der Einrichtung oder Nutzung von Lager- und Abstellflächen oder beim Rangieren von Baufahrzeugen und -maschinen beansprucht werden.

Baustellenbetrieb

Baumaßnahmen sind durch den Einsatz von Baufahrzeugen und -maschinen sowie das Baustellenpersonal mit akustischen und optischen Störwirkungen verbunden. Diese Wirkungen sind zeitlich auf die Bauphase sowie räumlich auf die nähere Umgebung des Plangebiets beschränkt und können zu einer temporären Störung der Umwelt führen.

Anlage- und betriebsbedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme, Versiegelung

Durch diesen Bebauungsplan werden die anstehenden Biotopstrukturen im Plangebiet, vorwiegend Gebüsch- und Gehölzbestände sowie bereits vorhandenen Gewerbegebietsstrukturen, dauerhaft beansprucht.

Die wesentlichen anlagebedingten Wirkungen entstehen durch die Errichtung von hohen Gewerbegebäuden sowie durch die umfangreichen Boden- und Geländearbeiten. Durch die Anlage von Gewerbebetrieben, der Erschließung und sonstigen Infrastrukturen gehen in den vollversiegelten Bereichen sämtliche Bodenfunktionen dauerhaft verloren, in teilversiegelten Bereichen werden die Bodenfunktionen stark eingeschränkt. Die Versiegelung führt zudem zu einer verringerten Grundwasserneubildungsrate. Die Überbauung der Flächen stellt einen Verlust von Lebensräumen für Fauna, Flora und von Kulturlandschaft dar. Zwar verringert sich für den Menschen der unbebaute Erholungsraum geringfügig, es werden jedoch keine relevanten Wohnumfeld- oder Erholungsfunktionen (z. B. Wegebezüge) durch das Vorhaben beeinträchtigt.

Flächeninanspruchnahme durch Versiegelung zählt zu den bedeutsamsten anlagebedingten Wirkungen des Projektes (Verlust von gewachsenen, biotisch aktiven Böden und der Regel-, Speicher-, Filter-, Ertrags-, Lebensraum- und Archivfunktion). Durch Abgrabungen und Überschüttungen kommt es zu Überformungen der natürlichen Bodenstruktur. Über den direkt versiegelten Flächen kommt es zu kleinklimatischen Veränderungen durch Ausbildung/ Erweiterung von Wärmeinseln. Durch Verlust/ Beeinträchtigung von Gehölzen gehen klimatische Ausgleichsräume (Immissionsschutz-, Regenerations- und Pufferfunktionen) verloren.

Emissionen

Zu den betriebsbedingten Wirkfaktoren im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet zählen Schallemissionen. Die wesentlichen betriebsbedingten Wirkungen ergeben sich aus den Betriebsprozessen (insbesondere Schadstoff-, Lärm und Lichtemissionen) sowie dem An- und Abfahrtverkehr durch PKW und LKW. Durch die Erweiterung des bereits bestehenden Tischlereibetriebes wird sich der Verkehr auf der L52 bzw. K155, insbesondere der Schwerlastanteil, geringfügig erhöhen. Der geringfügige Anstieg der Emissionen wird zu keinen nachteiligen und erheblichen Auswirkungen führen. Außerdem besteht bereits eine Vorbelastung des Plangebiets durch die bereits vorhandene angrenzende Gewerbenutzung.

In der folgenden Tabelle werden die denkbaren Wirkungen durch diesen Bebauungsplan als potenzielle Wirkfaktoren zusammengestellt.

Tabelle 1: Potenzielle Wirkfaktoren im Zusammenhang mit diesem Bebauungsplan

Maßnahme	Wirkfaktor	Auswirkung	betroffenen Schutzgüter
baubedingt			
Bauarbeiten zur Baufeldvorbereitung für die Erweiterung des Tischlerbetriebes (Hallenbau, Erweiterung Betriebsgelände, Herstellung Regenrückhaltebecken etc.)	Bodenverdichtungen, Bodenabtrag und Veränderung des (natürlichen) Bodenaufbaus Ggf. Baumaßnahmen im geologischen Untergrund	Lebensraumverlust / -degeneration	Tiere Pflanzen
		Bodendegeneration und Verdichtung/Veränderung	Boden
	Entfernung von krautiger Vegetation sowie Gehölzen (BAS/BR (WWI))	Lebensraumverlust / -degeneration	Pflanzen Tiere
anlagebedingt			
Erweiterung des Tischlerbetriebes (Hallenbau, Erweiterung Betriebsgelände, Herstellung Regenrückhaltebecken etc.)	Versiegelung und nachhaltiger Lebensraumverlust	Lebensraumverlust, Veränderung der Standortverhältnisse, Zerschneidung von Lebensräumen	Tiere Pflanzen
		Bodenverlust	Boden
		Verringerung der Versickerungsrate, erhöhter Oberflächenabfluss	Wasser
		Ggf. Veränderung von Klimatopen	Klima
	Neubau von Gebäude und Infrastrukturanlagen	Lebensraumverlust, Veränderung der Standortverhältnisse, Zerschneidung von	Tiere Pflanzen Mensch

		Lebensräumen, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes (Sichtbarkeit etc.)	Landschaft
betriebsbedingt			
Emissionen aus dem Tischlereibetrieb sowie durch Kraftfahrzeugen	Belastung der Atmosphäre	Zusätzliche Belastung der Atmosphäre insbesondere durch CO ₂ -Ausstoß	Menschen Gesundheit Luft
Zusätzlicher Kfz- Verkehr	geringfügige Lärmemissionen durch zusätzlichen Fahrzeugverkehr; Personenbewegungen	Zusätzliche Belastung der Umgebung	Menschen Gesundheit Tiere

2.2 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

2.2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes und der Umweltmerkmale (Ziff. 2a der Anlage zum BauGB) mit Angaben über Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich (Ziff. 2c der Anlage zum BauGB)

Der Umweltzustand und die besonderen Umweltmerkmale im unbeplanten Zustand werden nachfolgend auf das jeweilige Schutzgut bezogen dargestellt, um die besondere Empfindlichkeit von Umweltmerkmalen gegenüber der Planung herauszustellen und Hinweise auf die Berücksichtigung im Zuge der planerischen Überlegungen zu geben. Anschließend wird die mit der Durchführung der Planung verbundene Veränderung des Umweltzustandes in Zusammenfassung der Fachgutachten, die im Zuge der Umweltprüfung als erforderlich bestimmt wurden, dokumentiert und bewertet. Die mit der Planung verbundenen Umweltauswirkungen sollen deutlich herausgestellt werden, um daraus anschließend Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblich negativer Umweltauswirkungen abzuleiten.

2.2.1.1 Schutzgut Mensch

Für den Menschen sind im Zusammenhang mit der angestrebten Planung Auswirkungen auf das Wohnumfeld (Immissionen) und die Erholungsfunktion von Bedeutung.

Beschreibung und Bewertung

Verkehrsimmissionen:

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die ausgebaute Gemeindestraße „Burgstraße“ mit Anbindung an die Landesstraße 52. Die Erschließung erfolgt über bestehende Zufahrten und Gewerbeflächen. Eine Festsetzung von öffentlichen Verkehrsflächen ist nicht erforderlich.

Die im Plangebiet erzeugten Verkehrsimmissionen sind nutzungsbedingt. In den Bauleitplanverfahren zur Umsetzung der Planungen des östlich der Burgstraße

befindlichen Baugebietes „Timphauk“ wurden umfangreich fachgutachterliche Untersuchungen hinsichtlich der Lärmimmissionen durchgeführt. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, dass durch die auf der Burgstraße erzeugten Lärmemissionen keine nachteiligen Auswirkungen für das Wohngebiet und für die gewerbliche Nutzung zu erwarten sind.

Durch die betriebliche Erweiterung ist mit keiner relevanten Steigerung der Verkehrsbelastung auf der Burgstraße zu rechnen. Immissionsrechtliche Belange hinsichtlich der umliegenden schützenswerten Nutzungen werden hierdurch nicht betroffen.

Gewerbeimmissionen

Das Plangebiet befindet sich im Einwirkungsbereich des nordwestlich angrenzenden Gewerbegebietes. Im weiteren Umfeld sind Neubaugebiete vorhanden. Das im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ festgesetzte Gewerbegebiet wurde hinsichtlich der zulässigen Immissionen nicht eingeschränkt. Durch die geringfügige Erweiterung der gewerblich nutzbaren Flächen sind keine Änderungen hinsichtlich der zulässigen Immissionen zu erwarten. Es wird darauf hingewiesen, dass die Werte der DIN 18005 lediglich eine Orientierungshilfe für die Bauleitplanung sind und im Einzelfall unter Einhaltung der Abwägungsgrundsätze hiervon abgewichen werden kann.

Sonstige landwirtschaftliche Emissionen

Im Nahbereich sowie im weiteren Umfeld des Geltungsbereichs befinden sich keine emittierende landwirtschaftliche Voll-/Nebenerwerbsbetriebe. Im weiteren Umfeld sind landwirtschaftliche Nutzflächen vorhanden. Zeitweilig können Staub-, Lärm- und Geruchsmissionen in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Nutzung auftreten.

Luftschadstoffe

Durch die geplanten Gebäude sind unter Zugrundelegung der gültigen Wärmedämmstandards, moderner Heizanlagen und den gesetzlichen Vorschriften bezüglich Emissionen keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Empfehlungen für besondere Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffemissionen aus der Nutzung sind für die Entwicklung des Gebietes nicht erforderlich.

Die zusätzliche Verkehrszunahme führt gegenüber der bereits vorhandenen Belastung von angrenzenden Straßen zu keiner wesentlich zusätzlichen Beeinträchtigung in der Ortslage, wodurch das Ziel der Erhaltung einer bestmöglichen Luftqualität in Gebieten mit Immissionsgrenzwerten, die nach europarechtlichen Vorgaben durch Rechtsverordnung festgesetzt sind, gewährleistet wird.

Abfälle

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland. Evtl. anfallender Sonderabfall wird einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zugeführt.

Der Geltungsbereich wird an das Versorgungsnetz der Energieversorgung Weser-Ems (Elt und Gas) und an das Netz der Deutschen Telekom oder eines anderen Anbieters angeschlossen.

Die Versorgung mit Trinkwasser wird durch den Wasserverband "Hümmling" sichergestellt.

Die Versorgungsunternehmen werden rechtzeitig vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Rahmen eines Ortstermins in die Maßnahme eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Herstellung der erforderlichen Ver- und Entsorgungsanlagen.

Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit durch ungeordnete Abfallentsorgung sind diesbezüglich nicht zu erwarten, so dass hierdurch voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen auftreten werden.

Erholungsfunktion

Der Untersuchungsraum ist von deutlichen Eingriffen durch die Nutzung als ein Wohngebiet, durch Gewerbebetriebe und landwirtschaftliche Strukturen geprägt. Im Plangebiet führt ein Weg entlang des Altarmes, der auch weiterhin von Erholungssuchenden genutzt werden kann, da dieser von der Planung unberührt bleibt. Die angrenzenden Erholungseinrichtungen, wie ein regional bedeutsamer Radweg (RROP 2010) bleibt von der Planung bzw. Änderung unbeeinflusst. Dieser führt über die Deichverteidigungsstraße und kann auch weiterhin genutzt werden.

Die Änderung beinhaltet keine Beeinträchtigung der Erholungsfunktion des Gesamttraumes. Der vorhandene Radweg wird von der Planung nicht tangiert, sodass eine Beeinträchtigung ausgeschlossen wird.

Verlust von landwirtschaftlichen Flächen

Es werden keine landwirtschaftlichen Flächen tangiert. Der Änderungsbereich ist bereits bauleitplanerisch gesichert. Somit sind keine weiteren bodenordnenden Maßnahmen zur Umsetzung der Planungen erforderlich. Die umliegenden landwirtschaftlichen Flächen können auch weiterhin bewirtschaftet werden. Die derzeitigen Betriebe werden in ihrem Bestand nicht beeinträchtigt.

Altlasten

Laut LBEG bzw. dem Niedersächsischen Bodeninformationssystem NIBIS® (Kartenserver) sind keine Altlasten im Plangebiet verzeichnet. Altablagerungen im Planbereich bzw. in der näheren Umgebung, die eine Bebauung verhindern bzw. beeinflussen, sind der Gemeinde Rhede (Ems) nicht bekannt.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Maßnahmen sind im Rahmen dieser Bauleitplanung nicht erforderlich.

2.2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Auf der Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes sind Tiere und Pflanzen als Bestandteile des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen. Ihre Lebensräume sowie sonstigen Lebensbedingungen sind zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen.

Die Umweltprüfung umfasst die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der vorkommenden Biototypen im Plangebiet und in angrenzenden Bereichen. Des Weiteren stellen mit Satzungsbeschluss der

Bebauungspläne bzw. deren Änderungen im Geltungsbereich und angrenzend an dieses eine rechtsverbindliche Grundlage hinsichtlich der Biotoptypen und Eingriffsbilanzierung dar, die es im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen gilt.

Der Änderungsbereich wird im nordöstlichen Bereich durch gewerbliche Flächen (B-Plan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“) und im südwestlichen Bereich durch das LSG mit dem Ems-Altarm arrondiert. Östlich des Änderungsbereiches verläuft die Burgstraße (Gemeindestraße). Ferner liegen östlich der Gemeindestraße Wohnbauflächen sowie Flächen für den Einzelhandel (B-Plan Nr. 18 „Timphauk“ sowie dessen Änderungen und Teilaufhebung).

Im Sinne der Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (§ 13 BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Bauleitplanung ist daher den örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um schutzwürdige Grünstrukturen im Plangebiet wie Waldflächen, Baumreihen oder -gruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer, aber auch landschaftlich bedeutsame und landschaftsbildprägende Besonderheiten wie Geländeerhebungen, Geländekanten, -abbrüche oder -senken zu schützen und dauerhaft zu erhalten. Gleiches gilt für Landschaftselemente, die einen kulturhistorischen oder vergleichbaren Hintergrund erkennen lassen, wie Hohlwege, markante Einzelbäume (z.B. Gerichts- oder Versammlungseichen), Alleen, Eschböden oder Gesteine (Findlinge, Gesteinsformationen, etc.) in exponierter Lage.

Für die Bauleitplanung wird eine Umweltprüfung durchgeführt. Entsprechende Untersuchungen und Erhebungen werden beigelegt. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine vollständige Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und an das Plangebiet unmittelbar angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.

Aus der zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung sind die Lage, die Art und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen konkret und detailliert in Text und Plan festgesetzt. Die Kompensationsmaßnahmen orientieren sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen.

Im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplanes sind die artenschutzrechtlichen Belange zu berücksichtigen und zu behandeln. Um die artenschutzrechtlichen Belange fach- und sachgerecht zu beleuchten, wurde aufgrund der Sensibilität und Wertigkeit der südlich angrenzenden Flächen die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) für die Tiergruppen Brutvögel und Fledermäuse durchgeführt (siehe Anlagen B).

Weiterhin wurde eine Biotoptypenkartierung (s. Anlage A) anhand des „Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen“, herausgegeben vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN 2011) durchgeführt. Die einzelnen Biotoptypen werden bestimmt und nach dem niedersächsischen Städtetag- Modell (= Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung, Stand 2013) bewertet.

Zudem wurden greifbare Informationsquellen hinzugezogen. Eine vegetationskundliche Detailkartierung wurde nicht angefertigt.

Beschreibung und Bewertung

Der Geltungsbereich wird durch das Rheder Ems-Altarmgewässer mit seinen Ufer- und Gehölzstrukturen geprägt. Angrenzend an dieses befinden sich Gewerbebetriebe sowie Verkehrsflächen. Das Plangebiet befindet sich in Ortsrandlage zwischen der Ortschaft Rhede (Ems) und dem Fließ- und Schifffahrtsgewässer „Ems“.

Aufgrund der anthropogenen Überformung durch Gewerbeflächen, Siedlungsbereichen und Verkehrsflächen werden neben den Biotoptypen die rechtskräftigen Bebauungspläne als Datengrundlage herangezogen, um das Gebiet zu beschreiben und im Anschluss zu bewerten.

Das Gemeindezentrum von Rhede grenzt unmittelbar im Südwesten an. Die Ems mit den dazugehörigen Außendeichsflächen und den Hochwasserschutzeinrichtung liegen in ca. 500 m Entfernung in östlicher Richtung zum Plangebiet. Die Autobahn A31 verläuft von Nord nach Süd und liegt westlich des Geltungsbereiches in ca. 2,4 km Entfernung.

Gemäß der interaktiven Umweltkarten der niedersächsischen Umweltverwaltung (www.umwelt.niedersachsen.de) befinden sich keine Natura 2000- Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes innerhalb des Änderungsbereiches.

Östlich angrenzend befinden sich in ca. 600 m Entfernung Außendeichs nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 des BNatSchG geschützte NATURA-2000 Gebiete. Hierbei handelt es sich um das FFH-Gebiet Nr. 13 „Ems“, welches durch die Ausweisung des LSG EL 32 „NATURA-2000 – Emsauen von Salzbergen bis Papenburg“ in nationales Recht überführt wurde. Ebenfalls ist das Vogelschutzgebiet V16 durch die Ausweisung des LSG EL 29 „Rhede-Flaar“ in nationales Recht überführt.

Das Plangebiet liegt anteilig im Landschaftsschutzgebiet Emstal (EL LSG 00023).

Auszug aus dem Amtsblatt vom 31.01.2017 des Landkreises Emsland:

Im Bereich der Gemeinde Rhede (Ems) wird die Grenze des Geltungsbereiches der Verordnung vom 16.04.1981 zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Emsland und der Grafschaft Bentheim, Landschaftsschutzgebiet „Emstal“ (...) neu festgelegt.

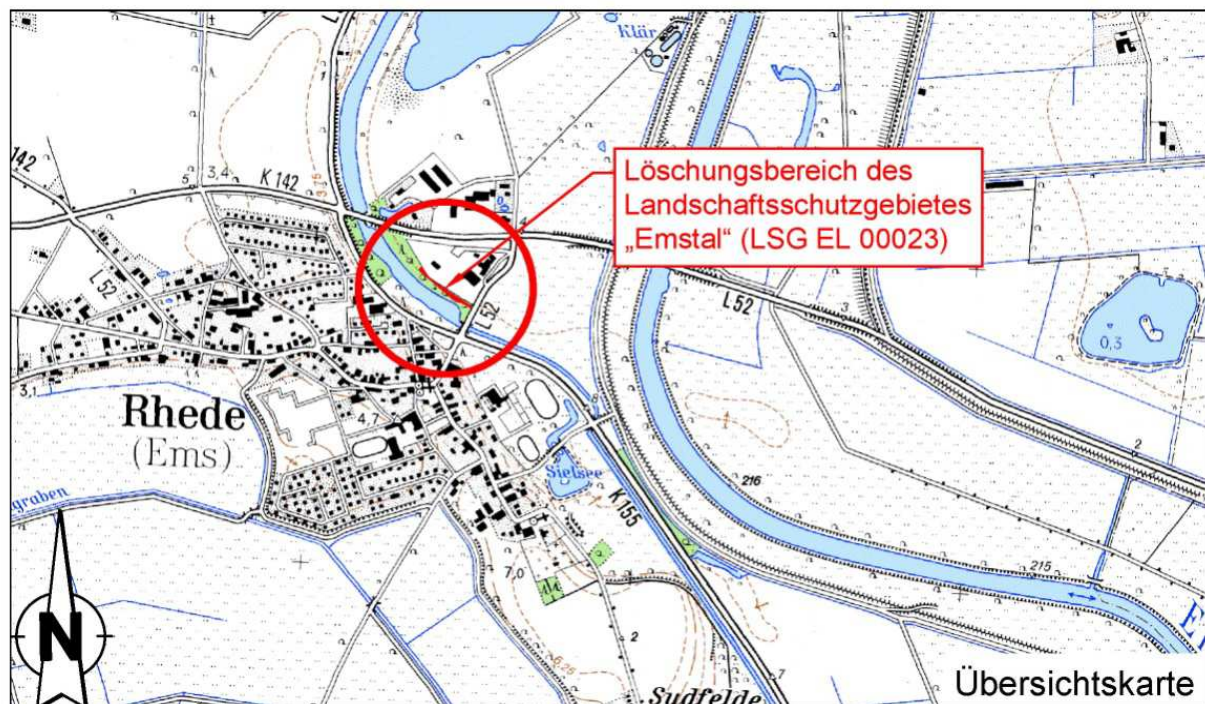


Abbildung 6: Darstellung der NATURA-2000 Gebiete sowie Landschafts- und Naturschutzgebiete (Quelle: Umweltkarteserver NLWKN, Stand: Juli 2016, unmaßstäblich)

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Emsland in Kraft.

Weiterhin zeigen die interaktiven Umweltkarten der niedersächsischen Umweltverwaltung (www.umwelt.niedersachsen.de), dass im Plangebiet keine Naturschutzgebiete sowie weitere nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders wertvolle und geschützte Bereiche, als die bereits genannten herauszustellen sind.

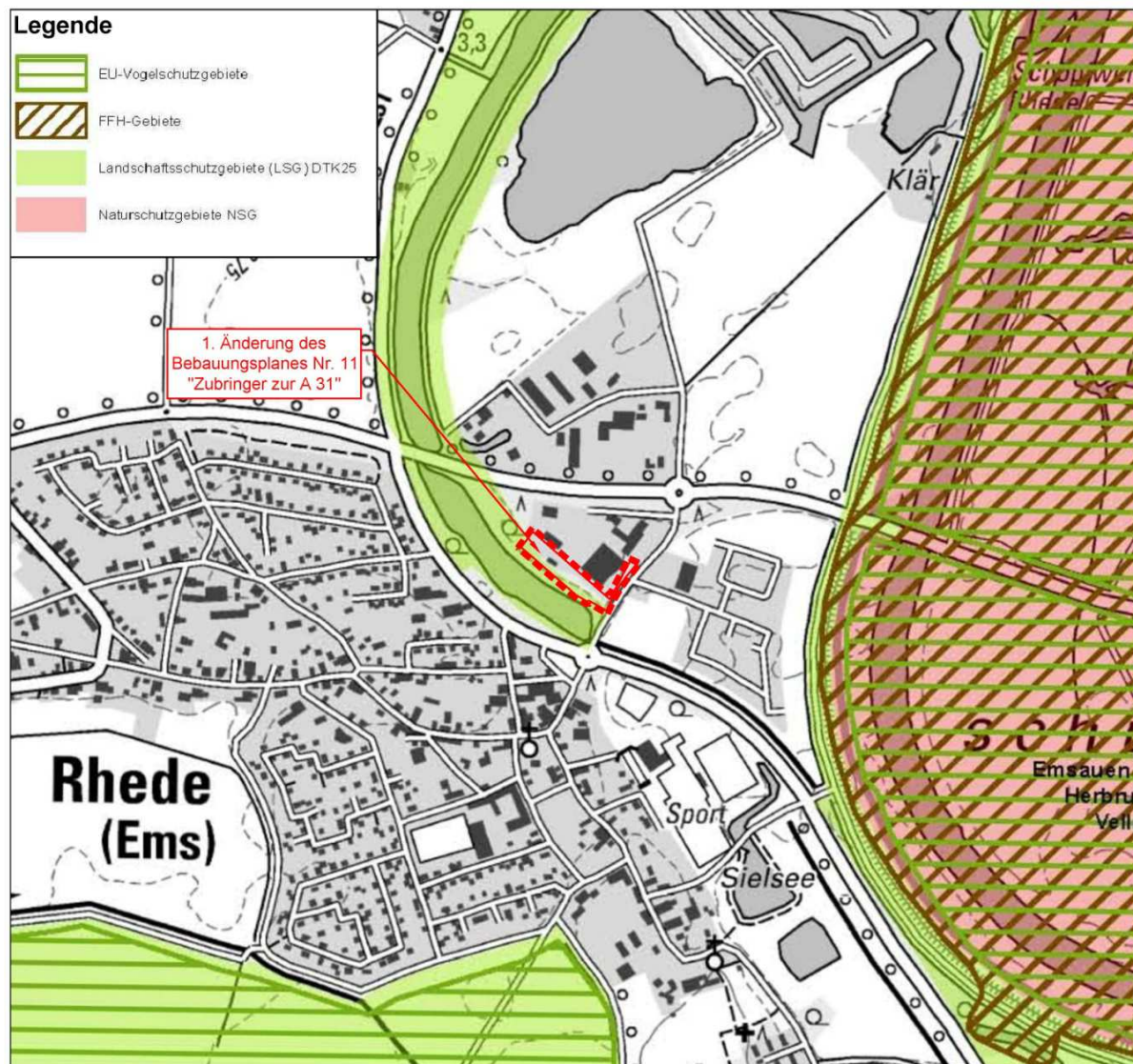


Abbildung 7: Darstellung der NATURA-2000 Gebiete sowie Landschafts- und Naturschutzgebiete (Quelle: Umweltkarteserver NLWKN, Stand: Juli 2016, unmaßstäblich)

Des Weiteren ist der Bereich u.a. als Landschaftsschutzgebiet (LSG Emstal) und als Naturschutzgebiet (NSG Emsauen zwischen Herbrum und Vellage) ausgewiesen. Das NSG WE 268 „Emsauen zwischen Herbrum und Vellage“ ist rund 867 ha groß. Es erstreckt sich über die Kreisgrenze Emsland und Leer und verläuft weitgehend entlang der Ems. Mit ca. 766 ha befindet sich der Großteil des Schutzgebiets auf emsländischer Seite (Stadt Papenburg, Gemeinde Rhede) und ca. 101 ha entfallen auf den Landkreis Leer (Stadt Weener).

Des Weiteren ist das NSG sowie die gesamten LSG-Flächen Teil des gemeinschaftsweiten ökologischen Netzwerkes „Natura 2000“.

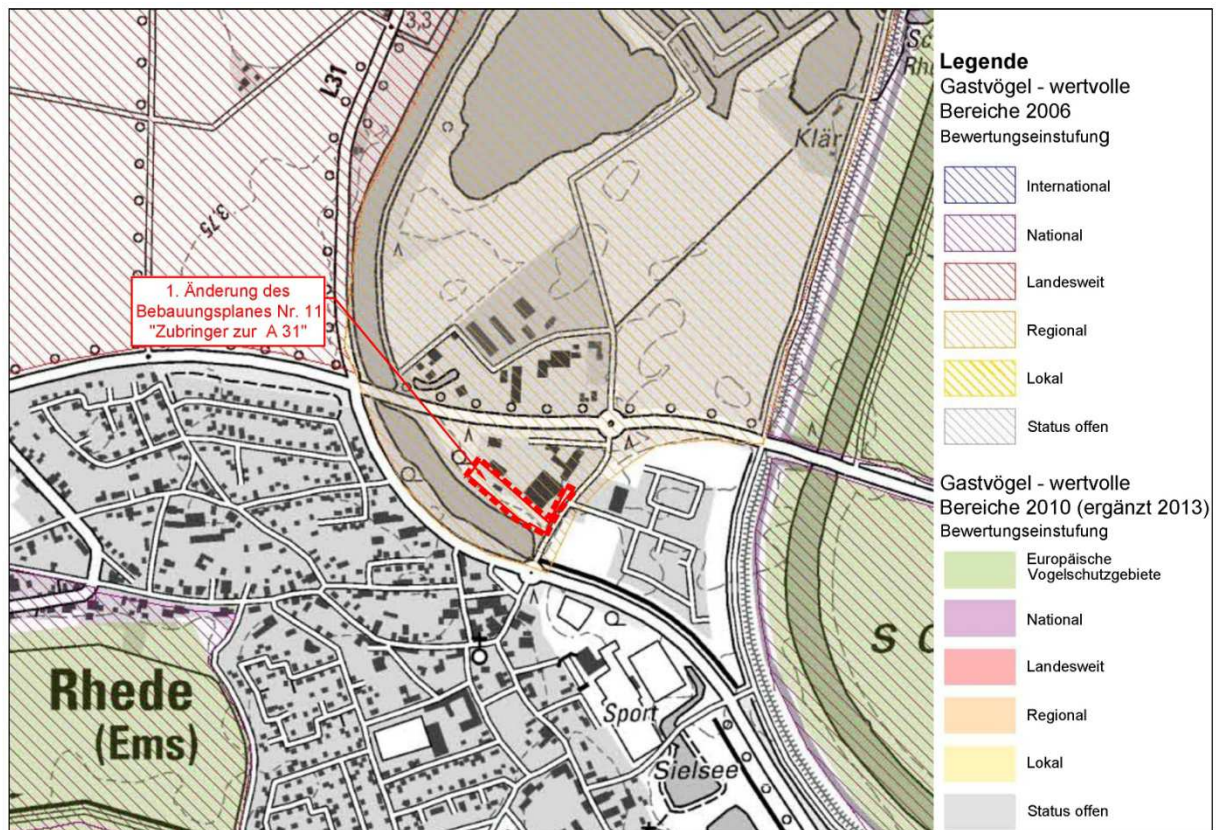


Abbildung 8: Darstellung der avifaunistisch wertvollen Bereiche für Brut- und Gastvögel (Quelle: Umweltkarteserver NLWKN, Stand: Juli 2016, unmaßstäblich)

Darüber hinaus sind im Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 avifaunistisch wertvollen Bereiche für Brut- oder Gastvögel ausgewiesen. Laut den interaktiven Karten des NLWKN liegen nördlich der Landesstraße L 31 bzw. südwestlich der L 52 wertvolle Bereiche für Brut- und Gastvögel. Der Status der Gastvögel wird mit regional (vorläufig) bedeutsam beschrieben. Der Status der Brutvögel wird als „offen“ herausgestellt (siehe Abb. 7). Weitere für den Naturschutz wertvolle Bereiche oder gesetzlich geschützte Biotope liegen nicht innerhalb des Änderungsbereiches oder befinden sich angrenzend an dieses.

Weiter Schutzgebiete und schutzwürdige Bereiche konnten nicht herausgestellt werden. Die aktuelle Planung tangiert keine der oben genannten Gebiete, sodass eine Beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann. Der Gastvogellebensraum von regionaler Bedeutung sowie der Brutvogellebensraum (Status offen) ist aufgrund der Nähe zum Ortsteil Rhede bzw. dem bestehenden Gewerbegebiet bereits beeinträchtigt. Ferner weisen die vorhandenen Biotopstrukturen keine essentiellen Lebensräume bzw. Rastflächen für Gast-/ Rastvögel und Brutvögel auf. Der Emsaltarm sowie die umgebenden Uferstrukturen können auch nach Realisierung der Planung weiterhin genutzt werden.

Die Festsetzungen der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 führen zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen der avifaunistischen Bereiche.

Die Planung führt vornehmlich zum Verlust von anthropogen stark beeinflussten Flächen. Diese Lebensraumstruktur beherbergt keine gefährdeten Arten- und Lebensgemeinschaften. Diese Einschätzung wird durch die saP gestützt. Die intensive Nutzung und Bebauung überformt das vorhandene Lebensraumpotenzial

erheblich, so dass lediglich euryöke Arten im Raum der Eingriffsbewertung zugrunde gelegt werden können. Eingriffe in die Pflanzenwelt und Lebensräume von Tieren führen hier nicht zu erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen.

Die Bodenversiegelung durch Überbauung und ggf. ein Verlust der Gehölz- / Baumbestände ist als erheblicher Eingriff im Sinne des § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 Abs. 1 BNatSchG zu beurteilen. Durch die mögliche Versiegelung wird dem Boden die natürliche Bodenfunktion als Lebensraum für Tiere und Pflanzen entzogen, auch wenn neue Qualitäten im Bereich der Grünflächen in absehbarem Zeitraum entstehen werden. Durch die mögliche Rodung von Baum- und Gehölzstrukturen geht Lebensraum für die Fauna verloren.

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG sind unvermeidbare Eingriffe grundsätzlich auszugleichen. Die Belange von Natur und Landschaft sind entsprechend ihrem tatsächlichen Gewicht in die Abwägung einzustellen. Es ist im Rahmen der Planung dafür Sorge zu tragen, dass auch die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung von erforderlichen Ausgleichs- und / oder Ersatzmaßnahmen geschaffen werden.

Der Schutz von Tieren und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt kann durch Darstellungen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich durch die Bauleitplanung gem. § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 Abs. 1 BNatSchG nur teilweise im Plangebiet erfolgen.

2.2.1.2.1 Fauna

2.2.1.2.1.1 Erfassung der Fauna

Die Bestandserhebung der Fauna erfolgte im Zuge der Untersuchungen zur saP (s. Anlage B). Nachfolgend werden die Ergebnisse der faunistischen Bestandserfassung bzw. der saP kurz angeführt. Eine differenzierte Erläuterung ist der saP zu entnehmen.

2.2.1.2.1.2 Avifauna

Im Rahmen der Brutvogelerfassung zur saP 2017 (s. Anlage B) wurden insgesamt 36 Vogelarten im UG festgestellt. Hiervon nutzten 24 Arten das Gebiet vermutlich als Brutgebiet (Brutverdacht). 8 Arten nutzten das Gebiet als Nahrungshabitat. 4 Arten wurden lediglich überfliegend oder rastend festgestellt. Als streng geschützte Arten trat das Teichhuhn auf.

Des Weiteren wurden Vorkommen von Vogelarten, die in der Roten Liste Nds. geführt werden, im UG festgestellt. Zu nennen sind hier Blässhuhn, Rauchschwalbe, Mehlschwalbe, Gartengrasmücke, Haussperling, Feldsperling, Bluthänfling und Goldammer.

Als regelmäßig auftretende Gastvogelarten nach EU-Vogelschutzrichtlinie, welche auf bestimmte Rastgebiete angewiesen bzw. für die wertvolle Bereiche (Gastvogellebensräume) in Niedersachsen herausgestellt sind (siehe Artenliste zur Bewertung von Gastvogellebensräumen In: Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen 6/97 bzw. Vollzugshinweise für Arten und Lebensraumtypen (NLWKN

2009, NLWKN 2010)), Schnatterente, Stockente, Kormoran, Blässhuhn, Lachmöwe und Saatkrähe zu nennen.

Die Reviermittelpunkte der gefährdeten und streng geschützten Arten können dem Blatt-Nr. 1 des faunistischen Gutachtens (REGIONALPLAN & UVP 2017) entnommen werden.

2.2.1.2.1.3 Fledermäuse

Im Zuge der Baumhöhlenkartierung wurden keine potenziellen Quartierstrukturen vorgefunden. Insgesamt befinden sich im Geltungsbereich des B-Planes nur sehr wenige Baum- und Gehölzstrukturen, die zudem meist jünger oder gut gepflegt sind (Straßenbäume). Entsprechend wird das Quartierpotenzial für Fledermäuse in/an Gehölzen im Geltungsbereich als sehr gering eingestuft.

Im Rahmen der Fledermauserfassungen 2017 wurden insgesamt fünf Fledermausarten durch Detektor- und Sichtnachweise eindeutig nachgewiesen.

- Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)
- Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)
- Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)
- Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*)
- Rauhaufledermaus (*Pipistrellus nathusii*)

Während der Detektorbegehungen konnte nicht jeder wahrgenommene Fledermauskontakt einer Art zugeordnet werden. Hier erfolgte soweit möglich die Einordnung der Kontakte innerhalb der Gattung. Bei kurzen Fledermauskontakten und/ oder fehlenden Sichtbeobachtungen kann eine genaue Artansprache nicht erfolgen. Zudem lassen sich bestimmte Arten der Gattung *Myotis* grundsätzlich nur schwer unterscheiden. Die Bestimmung von Arten mit Hilfe von Ultraschalldetektoren erfordert darüber hinaus ein hohes Maß an Erfahrung, da alle Arten je nach Habitatstruktur, dem Zielobjekt, der Flugbewegung und weiteren Parametern ein großes Repertoire an verschiedenen Ruftypen aufweisen (BACH & LIMPENS 2003). Besetzte Fledermausquartiere oder Hinweise auf das Vorhandensein von entsprechenden Strukturen im näheren Umfeld (z.B. Schwärmaktivitäten oder intensiv genutzte Flugstraßen in den Dämmerungsphasen) konnten im Zuge der Detektorkartierungen nicht festgestellt werden.

Weitere Erläuterungen werden innerhalb der saP (siehe Anlage B) (REGIONALPLAN & UVP 2017) beschrieben.

2.2.1.2.1.4 Weitere Arten

Im Rahmen der Erfassungen wurde auch auf das Vorkommen von Tierarten aus anderen Gruppen geachtet. Streng geschützte Arten aus anderen Tiergruppen oder entsprechende Pflanzenarten wurden nicht festgestellt. Auf eine ausführliche Auflistung und Darstellung der festgestellten weit verbreiteten Arten wird verzichtet.

Während der Erfassungen, vor allem während der Aufnahme der Biotoptypen, konnten keine Lebensraumtypen des Anhang I der FFH-RL (natürliche und

naturnahe Lebensräume von gemeinschaftlichem Interesse) im UG nachgewiesen werden.

2.2.1.2.2 Biotoptypen

Nachstehende planungsrechtliche Vorgaben mit den entsprechenden Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 11 und Nr. 18 (einschl. Änderungen bzw. Teilaufhebungen der Bebauungspläne) treffen teilweise auf das Plangebiet und die angrenzenden Flächen zu, wobei diese in der Anlage A zeichnerisch dargestellt werden:

- Gewerbegebiet (GRZ 0,8)
- Allgemeines Wohngebiet (GRZ 0,4)
- Sonstiges Sonderbaugebiet mit Zweckbestimmung: großflächiger Einzelhandel (GRZ 0,8)
- Straßenverkehrsflächen
- Straßenverkehrsflächen mit Zweckbestimmung: Fußweg
- Spielplatz
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen:
 - öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Siedlungsrand“
 - Schutzpflanzung
 - private Grünfläche
- Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
 - Zweckbestimmung: Lärmschutzwand

Die vorgenannten Festsetzungen der o. g. Bebauungspläne werden bei der Überplanung als Bestand (Ist-Zustand) für die Biotoptypenkarte und für die nachstehende Eingriffsbewertung angenommen, da die Bebauungspläne rechtsverbindlich sind und somit bestehendes Baurecht darstellen.

Außerhalb des vorgenannten Bebauungsplanes treten folgende Biotoptypen auf (die Standorte der nachstehenden Biotoptypen - bis zu einer maximalen Entfernung von ca. 30 - 50 m vom Geltungsbereich - sind der Biotoptypenkarte (s. Anlage A) zu entnehmen), wobei die nachstehende Bestandserfassung und Zuordnung der Biotoptypen auf den Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (Stand 2016) basiert:

Gebüsch und Gehölzbestände

Weiden-Auengebüsch / Ruderalgebüsch/ (lichter Weiden-Auwald) (BAS/BR/(WWI):

Dominiert wird der Raum um das Altgewässer durch einen Gebüsch- und Gehölzbestand der Auen (Sumpfiges Weiden-Auengebüsch (BAS)). Neben Weiden kommen Erlen, Holunder sowie *Rubus*-Arten vor (Ruderalgebüsch (BR)). Letzteres beruht auf die Entnahme der Erlen- und Pappelbestände, welche als Baumweidenwälder bzw. -säume an Flüssen und an Stillgewässern der Flussauen, auch in fragmentarischer Ausprägung als schmaler Saum, unter dem Biototyp (Weiden-

Auwald (Weichholzaue) (WW)) erfasst und beschrieben werden. Dieser Biotoptyp besteht aufgrund der Fällung der prägenden Bäume als Auwaldbestand nicht mehr, kann jedoch noch fragmentarisch erfasst werden. Ferner ist durch die Fällung des Altbaumbestandes eine typische Einwanderung von Ruderal- und Sukzessionsarten vorhanden.

Allee/Baumreihe (HBA)

Einzelne, landschaftsprägende, vorwiegend mittelalte Bäume sowie Baumgruppen, Baumreihen, Alleen und locker auf größerer Fläche verteilte Baumbestände an Wegen und Straßen oder Gewässerufeln sowie Freiflächen.

Naturnahes bzw. naturfernes Feldgehölz (HN/HX)

Waldähnliche Gehölzbestände geringer Größe südlich des Ems-Altarmes, der sich zum Teil aus heimischen und nicht-heimischen Baumarten zusammensetzt.

Sonstiger standortgerechter Gehölzbestand (HPS)

Mittelalte, weder hecken- noch gebüschartige, i. d. R. aus Pflanzungen hervorgegangene Gehölzbestände, ganz überwiegend aus standortheimischen Baum- und Straucharten. Dieser befindet sich entlang der Landstrasse bzw. im Bereich der Böschungen.

Binnengewässer

Naturnahes Altwasser (SEF):

Von Weiden gesäumtes naturnahes, nährstoffreiches Ems-Altwater mit durch Steinschüttung befestigte Ufer. Unbeschattete Uferabschnitte werden lückig von Rohrglanzgras und Wasser-Schwaden eingenommen. Im Wasser nehmen der Übersehene Wasserschlauch und Kleines Laichkraut größeren Raum ein. Zwischen den Brücken säumen diese beiden Arten die Ufer, jedoch nur in vereinzelter Exemplaren oder sehr kleinen Beständen.

Verlandungsbereich nährstoffreicher Stillgewässer mit sonstigen Tauchblattpflanzen (VET):

Der Verlandungsbereich besteht vorwiegend aus submersen Blütenpflanzen wie kleinblättrigen Laichkraut-Arten, Tausendblatt u.a.. Dieser Bereich ist nach § 30 BNatSchG geschützt.

Grünland

Artenarmes Extensivgrünland (GE)

Artenarme Wiesen und Weiden auf mehr oder weniger mageren (nicht oder wenig gedüngten), in Auen auch auf von Natur aus nährstoffreicheren Böden.

Sonstige Weidefläche (GW)

Kleine Weidefläche mit mehr oder minder starkem Viehbesatz, die vegetationslos oder nur spärlich bewachsen sind bzw. deren Grasnarbe ständig sehr kurz gefressen oder zerwühlt wird. Die Beweidung findet mit Schafen und Ponys statt. Dominanz von Arten mit geringem Futterwert bzw. geringen Nährstoffansprüchen.

Trockene bis feuchte Stauden- und Ruderalfluren

Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM)

Von Gräsern oder Stauden dominierte Vegetationsbestände auf eutrophierten, aber im Vergleich zu Ruderalfluren naturnäheren Standorten. Vorwiegend ältere Brachestadien von feuchtem bis trockenem Grünland bzw. Magerrasen mit hohem Anteil von Ruderalarten bzw. Stickstoff- und Störungszeigern.

Feuchte Hochstaudenflur (UF)

Hochstaudenfluren an Ufern, feuchten Waldrändern und auf feuchten Brachen.

Grünanlagen

Scher- und Trittrasen (GR)

Überwiegend mehrmals im Jahr (z. T. wöchentlich) gemähte Vegetationsbestände aus Gräsern oder Gräsern und Kräutern in Grünanlagen (einschließlich Gärten und Sportflächen) und an Verkehrsflächen. Auch Einsaaten von Extensivrasen im Siedlungsbereich und an Verkehrsflächen. Es erfolgt keine landwirtschaftliche Nutzung.

Gebäude, Verkehrs- und Industrieflächen

Lagerplatz (OFL):

Flächen, die der Lagerung von Baustoffen und sonstigen Produkten dienen.

Gewerbe- und Industriegebiet (OG)

Der Bereich des Löschantrages bzw. der Ems-Altarm mit seinen Ufer- und Böschungsstrukturen grenzt im Norden an ein Gewerbe- / Industriegebiet.

Straße (OVS)

Versiegelte Flächen (Burgstraße) haben ihre ökologische Funktion verloren. Aus floristischer Sicht ist der Bereich als unempfindlich zu bewerten.

2.2.1.2.3 Gesamtbewertung (Fauna und Flora, Biologische Vielfalt)

Fauna:

Das Untersuchungsgebiet der saP 2017 ist als Brutvogellebensraum von untergeordneter, lediglich allgemeiner Bedeutung zu bewerten. Auch wenn in Anlehnung an BEHM & KRÜGER (2013) keine besonderen Wertigkeiten herausgestellt werden können, dient das UG und hier auch die direkte Planfläche mehreren weit verbreiteten und häufigen europäischen Vogelarten als Brutrevier. Im Zuge einer Umsetzung der Planung kommt es somit zu Revierverlusten. Diese sind entsprechend in der Eingriffsregelung zu berücksichtigen.

Im UG wurden mindestens 5 Arten (Breitflügelfledermaus, Wasserfledermaus, Großer Abendsegler, Flughautfledermaus und Zwergfledermaus) sicher nachgewiesen.

Insgesamt gesehen sind die Fledermausaktivitäten im Untersuchungsgebiet der saP 2017 von geringer Wertigkeit.

Im Zuge der Baumhöhlenkartierung wurden keine potenziellen Quartierstrukturen vorgefunden. Insgesamt befinden sich im Geltungsbereich des B-Planes nur sehr wenige Baum- und Gehölzstrukturen, die zudem meist jünger oder gut gepflegt sind (Straßenbäume). Entsprechend wird das Quartierpotenzial für Fledermäuse in/ an Gehölzen im Geltungsbereich als sehr gering eingestuft.

Besetzte Fledermausquartiere oder Hinweise auf das Vorhandensein von entsprechenden Strukturen im näheren Umfeld (z.B. Schwärmaktivitäten oder intensiv genutzte Flugstraßen in den Dämmerungsphasen) konnten im Zuge der Detektorkartierungen nicht festgestellt werden.

Trotz des nachgewiesenen Artenspektrums lässt sich aufgrund der überwiegend sehr geringen Gesamtaktivitäten bzw. fehlender Hinweise auf Quartiere, Flugstraßen und wichtige Jagdgebiete insgesamt nur eine geringe Wertigkeit des UG für Fledermäuse herausstellen.

Die Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG werden durch das geplante Vorhaben nicht erfüllt (REGIONALPLAN & UVP 2017).

Bei allen Arten kann eine dauerhafte Gefährdung der jeweiligen lokalen Populationen unter Berücksichtigung der definierten Vermeidungsmaßnahmen V1 bis V6 und die CEF-Maßnahme 1 ausgeschlossen werden, so dass sich der Erhaltungszustand der Populationen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet nicht verschlechtern wird (s. Punkt 2.4 ff).

Weitere Erläuterungen sind der saP zum Vorhaben (REGIONALPLAN & UVP 2017) (Anlage B) zu entnehmen.

Flora:

Die ökologische Wertigkeit der überplanten und angrenzenden Biotope i.V.m. den faunistischen Strukturen variiert zwischen geringer bis besonderer Bedeutung, wobei für den unmittelbaren Eingriffsbereich eine Beseitigung und ein Umbau von Vegetation i.V.m. einem Verlust von Lebensräumen für die Tierwelt festzustellen ist, die der Eingriffsregelung nach § 14 i.V.m. § 15 BNatSchG bedarf.

Diesbezüglich wird auf Grundlage der Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung (NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG 2013) eine Eingriffsbilanzierung durchgeführt (s. Punkt 2.4 ff).

Auf Grundlage dort beschriebener Kompensationsmaßnahmen verbleiben keine erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes.

Biologische Vielfalt:

Seit der UNCED-Konferenz von Rio de Janeiro („Earth Summit“) haben mittlerweile 191 Staaten die „Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt“ unterzeichnet. Die rechtliche Umsetzung der Biodiversitätskonvention in deutsches Recht erfolgte im Jahr 2002 zunächst durch die Aufnahme des Zieles der Erhalt und Entwicklung der biologischen Vielfalt in die Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege in das Bundesnaturschutzgesetz, seit 2010 als vorangestelltes Ziel in §1 Abs.1 Nr.1 BNatSchG.

Die Biologische Vielfalt oder Biodiversität umfasst nach der Definition der Konvention die „Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören“. Damit beinhaltet der Begriff der Biologischen Vielfalt sowohl die Artenvielfalt als auch die Vielfalt zwischen den Arten sowie die

Vielfalt der Ökosysteme. Mit der innerartlichen Vielfalt ist die genetische Vielfalt einbezogen, die z.B. durch Isolation und Barrieren von und zwischen Populationen eingeschränkt werden kann.

Wie die bisherigen Ausführungen des Kapitels 2.2.1.1 des Schutzgutes Tiere und Pflanzen verdeutlichen, stellt das durch erhebliche Überformungen geprägt Plangebiet aktuell nur für vergleichsweise wenige und überwiegend sehr häufige Arten einen geeigneten Lebensraum dar. Entsprechend gering ist seine aktuelle Bedeutung für die Biologische Vielfalt. Sein Potenzial, insbesondere die der angrenzenden Flächen insb. des Ems-Altarmes, ist indes deutlich höher. Mit Hilfe der festgesetzten Kompensationsmaßnahmen wird eine Aufwertung des Raumes initiiert (siehe Kompensationsmaßnahme A1).

2.2.1.3 Schutzgut Fläche

In § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB sind die Begriffsbestimmungen enthalten. Neu aufgenommen wurde als Schutzgut die „Fläche“. Die Notwendigkeit zur Untersuchung des Flächenverbrauchs war als Teilaspekt des Schutzgutes „Boden“ zwar bereits bisher Gegenstand der UVP, durch die ausdrückliche Einbeziehung in den Schutzgüterkatalog soll das Schutzgut „Fläche“ eine stärkere Akzentuierung erfahren.

Das Schutzgut „Fläche“ ist ein nicht endliches Gut, d. h. mit steigendem Flächenverbrauch geht Lebensraum sowie land- und forstwirtschaftliche Produktionsfläche verloren. Deshalb ist ein wichtiges Vermeidungs- und Minimierungsgebot den Flächenverbrauch und im vorliegenden Fall die Versiegelung auf ein Minimum zu reduzieren.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von ca. 6.950 m². Aufgrund des angrenzenden Gewerbegebietes sowie die Verkehrsflächen ist das Plangebiet bereits durch anthropogene Nutzungen geprägt bzw. überformt.

Aus den beiden folgenden Abbildungen geht hervor, dass die Bodenversiegelung im Plangebiet gering ist und sich weiterhin der Versiegelungsgrad für das gesamte Gemeindegebiet zwischen 5 und 10 % bewegt.

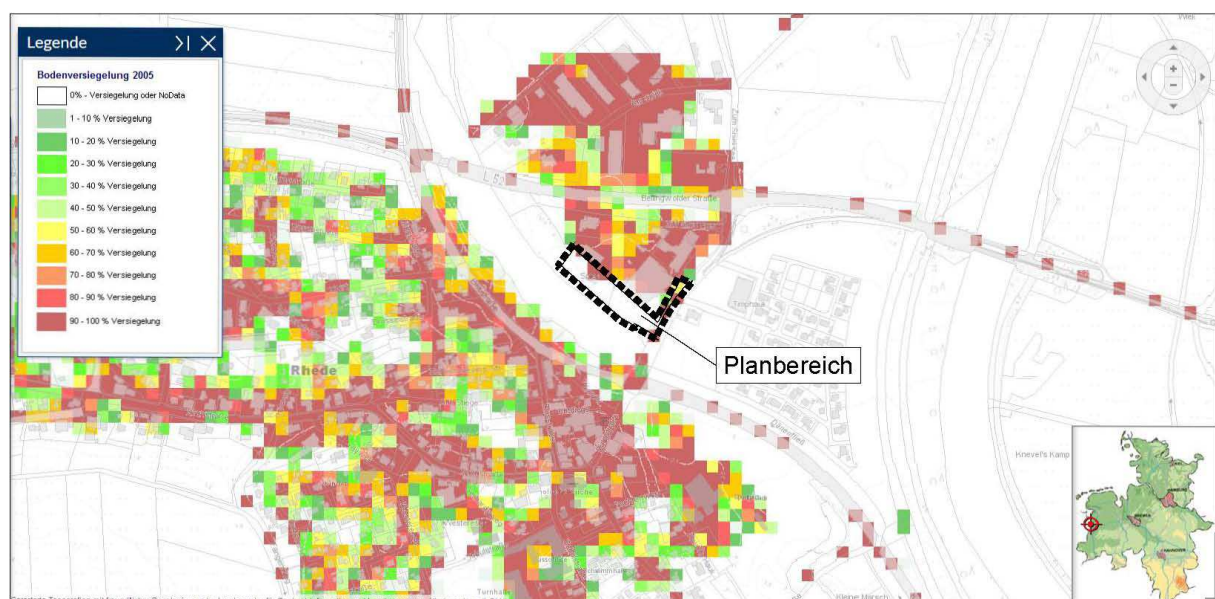


Abbildung 9: Bodenversiegelung 2005 in %, unmaßstäblich (Quelle: NIBIS-Kartenserver)

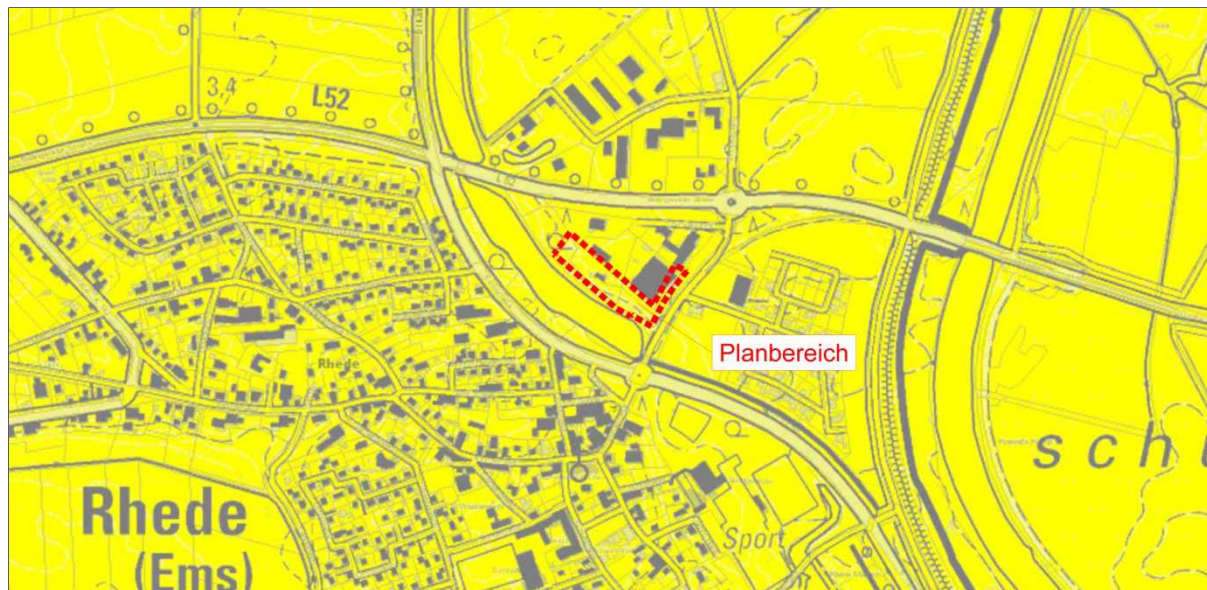


Abbildung 10: Grad der mittleren Bodenversiegelung in der Gemeinde Rhede/ Ems, unmaßstäblich
(Quelle: NIBIS-Kartenserver)

Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich

Generell gilt vor dem Hintergrund des Vermeidungs- und Minimierungsgebotes die Versiegelung und somit den Flächenverbrauch auf ein absolut notwendiges Maß zu beschränken. Des Weiteren sind versiegelte Bereiche im möglichen Umfang zu entsiegeln, zu lockern und eine Wiedernutzbarkeit herzustellen.

2.2.1.4 Schutzgut Boden

Böden dienen allgemein der Erzeugung organischer Substanz, der Filterung von Schadstoffen, der Zurückführung von organischen Abfällen in den natürlichen Kreislauf, der Lieferung von Rohstoffen und als Standort der Vegetation.

Übergeordnet lässt sich der Untersuchungsraum der Bodengroßlandschaft Nr. 6 „Talsandniederungen und Urstromtäler“ zuordnen. Die Bodenlandschaft lässt sich als „Verbreitungsgebiet der Talsedimente“ beschreiben. Für den Bereich des Geltungsbereiches sowie die weitere Umgebung wird gemäß dem NIBIS-Kartenserver folgende großräumige Bodeneinheitsbeschreibung vorgenommen: „Podsole aus älteren Flugsanden über Talsanden (höhere Bereiche der Talsandniederung); vergesellschaftet mit Gley-Podsolen; in flachen Tälern und Senkenbereichen Gleye aus Talsanden“. Ferner wird für den östlichen Geltungsbereich gemäß dem NIBIS-Kartenserver folgende großräumige Bodeneinheitsbeschreibung vorgenommen: „Gley-Auenböden aus Auesanden (höhere Bereiche der Täler); in tieferen Bereichen verbreitet Gleye aus Talsanden; bei Hochwasser regelmäßig überflutet.“

Im Gebiet dominiert als Bodentyp „Gley“. Das ackerbauliche Ertragspotenzial ist als mittel zu werten. Schutzwürdige Böden sind im Geltungsbereich sowie angrenzend an diesen nicht vorhanden (Quelle: NIBIS-Kartenserver des LBEG). Die Bodenfeuchte ist insgesamt als schwach trocken bis mittel frisch einzustufen (NLFb 2003). Ablagerungen sind nicht bekannt.

Bewertung

Als Umweltbeeinträchtigungen für das Schutzgut „Boden“ sind neben dem Bodenauftrag und -abtrag, die Bodenverdichtung und eine Bodenversiegelung

erkennbar.

Hieraus leiten sich für das Baugebiet erhebliche Umweltauswirkungen und ein Kompensationserfordernis ab. Die Gemeinde Rhede (Ems) reagiert auf den Eingriff durch entsprechende Kompensationsmaßnahmen (s. Punkt 2.4 ff).

2.2.1.5 Schutzgut Wasser

Grundsätzlich zählt Wasser zu der unbelebten Umweltsphäre. Gleichwohl ist Wasser elementarer Bestandteil des Naturhaushaltes. Seine Funktionen als Lebensraum und -grundlage, Transportmedium, klimatischer Einflussfaktor und landschaftsprägendes Element sind nachhaltig zu sichern (§ 1 BNatSchG). Entsprechend heißt es im Wasserhaushaltsgesetz (§ 1 WHG): „Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.“

Die Basis für die Bearbeitung des Schutzgutes Wasser sind die Hydrologischen Übersichtskarten 1:200.000 (HÜK 200) u. a. mit den Themenbereichen „Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung“ und die „Lage der Grundwasseroberfläche“ sowie Informationen des NIBIS® - Kartenserver des LBEG (www.lbeg.niedersachsen.de). Des Weiteren können als Datengrundlage zur Verfügung gestellte Daten des Landkreises Emsland sowie des NLWKN genannt werden.

Oberflächenwasser:

Es treten keine natürlichen oder naturnahen Oberflächengewässer im Geltungsbereich auf. Des Weiteren sind keine Entwässerungsgräben im Plangebiet erfasst worden. Südlich unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich befindet sich der Rheder Ems-Altarm. Hier fließt, von Osten kommend, das Verordnungsgewässer/ Entwässerungsgraben „Dänenfließ“ hinein. In der weiteren Umgebung sind kleinere Entwässerungsgräben vorhanden. Im Osten verläuft in ca. 600 m Entfernung die Ems. Die Planung sieht eine Tangierung von Oberflächengewässern nicht vor

Grundwasser:

Die Grundwasserzustände des Bodens schwanken periodisch je nach Jahreszeit und Niederschlagsmenge. Die Grundwasserneubildung ist nicht überall gleich. Sie hängt unter anderem von der Niederschlagsmenge und -verteilung ab. Weitere Faktoren sind die Durchlässigkeit des Bodens, der Bewuchs und das Relief der Bodenoberfläche sowie der vorherrschende Grundwasserflurabstand.

Innerhalb des Untersuchungsgebietes treten Porengrundwasserleiter (das Grundwasser kann sich in diesen Gesteinen gut bewegen, ist relativ gleichmäßig verteilt und bildet eine deutlich ausgeprägte Grundwasseroberfläche aus) auf. Entsprechend ist die Durchlässigkeit der oberflächennahen Gesteine im Bereich der Porengrundwasserleiter hoch bzw. stark variabel. Das Grundwasser im Untersuchungsgebiet ist nicht versalzen.

Die Lage der Grundwasseroberfläche variiert von > 0 m bis 1 m. Die Mächtigkeit des oberen Grundwasserleiter-Komplexes im Eingriffsbereich wird mit > 100 bis 200 m angegeben. Die Sickerwasserrate (mm/Jahr), auch Grundwasserneubildungsrate genannt, liegt zwischen 101 bis 150 mm/a. Das Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung wird als gering eingestuft.

Von einer Vorbelastung durch Schadstoffeinträge aus dem Straßen- und Betriebsverkehr sowie durch die Landwirtschaft ist auszugehen. Vor allem bestehende Versiegelungen reduzieren die Grundwasserneubildung.

Bewertung

Im Rahmen der Bewertung des Schutzgutes Grundwasser besitzen Flächen mit hoher Grundwasserneubildungsrate (Sickerwasserrate) eine besondere Bedeutung. Die folgende Tabelle zeigt das Bewertungsschema:

Tabelle 2: Bewertung der Grundwasserneubildungsrate

Neubildungsrate (mm/a)	Bedeutung der Grundwasserneubildung
< 100 mm/a	geringe Bedeutung
100 - 200 mm/a	allgemeine Bedeutung
> 200 mm/a	besondere Bedeutung

Dem Untersuchungsraum kommt dabei eine allgemeine Bedeutung zu.

Die Einstufung der Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeintrag hängt von der Mächtigkeit und Durchlässigkeit der Grundwasserüberdeckung ab. Laut der Themenkarte „Schutzpotenzial der Grundwasserüberdeckung“ © LBEG weist das Untersuchungsgebiet ein geringes Schutzpotenzial auf.

Die anthropogenen Stickstoffeinträge bilden ein gravierendes Problem. Die Hauptbelastungsquellen stellen die Industrie, der Kfz- bzw. LKW-Verkehr sowie die direkten Einträge aus der Landwirtschaft dar. Nitrat ist wasserlöslich und kaum von Bodenteilchen absorbierbar und stellt ein hohes Beeinträchtigungsrisiko für das Grundwasser dar. Es ist zu berücksichtigen, dass insbesondere auf Ackerflächen, auf denen Fremdstoffe kontinuierlich eingetragen werden, die Schutzleistung der Grundwasserüberdeckung aufgrund eingeschränkter Umwandlungsprozesse reduziert ist. Gegenüber Versiegelung sind alle Flächen als hoch empfindlich einzustufen, da dies zu einer Verringerung der Grundwasserneubildung führt.

Für die Ableitung des Oberflächenwassers liegt eine Erlaubnis (Ze 681/657-20-191.2009048 v. 16.10.2009) gemäß den §§ 3, 4 und 10 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vor.

Nach Auffassung der Gemeinde Rhede (Ems) ist durch die geringfügige Erweiterung des Einzugsgebietes (ca. 1.550 m²) mit keiner relevanten Abflusserhöhung zu rechnen.

Der Geltungsbereich des Ursprungsplans ist an das Schmutzwasserkanalisationsnetz der Gemeinde Rhede (Ems) angeschlossen. Der Änderungsbereich wird an das interne Kanalisationsnetz angebunden.

Die Ableitung erfolgt über Freispiegelleitungen in die vorhandene Kanalisation im Bereich der Burgstraße. Anschließend wird das Schmutzwasser zur Kläranlage Rhede (Ems) geführt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch eine ordnungsgemäße Entwässerung keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Grundwasser herauszustellen ist.

2.2.1.6 Schutzgut Luft und Klima

Der Bereich liegt klimatisch in der gemäßigten Zone und weist ein feuchtgemäßigtes Klima (Klimagebiet Cfb) mit relativ kühlen Sommern und verhältnismäßig warmen Wintern bei Niederschlagsüberschuss (humides Klima) auf.

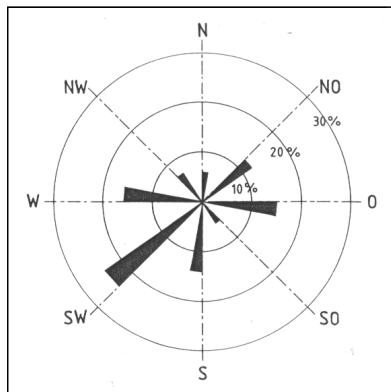
Die Temperatur, der Niederschlag und die Windgeschwindigkeit bewegen sich dadurch überwiegend in einem Bereich ohne Extreme. Die Unterschiede zwischen Tag und Nacht oder den Jahreszeiten sind vergleichsweise gering.

Nach Angaben des LANDKREISES EMSLAND (2001) liegt die mittlere Jahresschwankung der Lufttemperatur (°C) für den Landkreis bei etwa 16,0°C, wobei sich das durchschnittliche Monatsmittel im Januar zwischen 0,5°C und 1,0°C, im Juli zwischen 16,5°C und 17,0°C bewegt.

An rd. 230 Tagen beträgt die mittlere Dauer eines Tagesmittels mindestens 5 °C, dies entspricht in etwa dem Zeitraum des Pflanzenwachstums. Diese Phase beginnt meist Ende März und endet Anfang November.

Im Jahresmittel fallen als Niederschläge zwischen 650 und 750 mm, wobei die größten Monatssummen während des sog. "Europäischen Sommermonsuns" im Bereich des Hümmlings, des unteren Hase- und des mittleren Emstals vorkommen.

Die relative Feuchte liegt im Jahresmittel bei 82 %, mit einem höchsten Monatsmittel von 89 % im Dezember und dem niedrigsten Wert von 75 % im Mai.



Aus der Darstellung zur Verteilung der Windrichtungen ist zu entnehmen, dass der Wind überwiegend aus westlichen Richtungen weht, wobei im Frühjahr und Sommer westliche und nordwestliche Winde überwiegen, im Herbst und Winter südwestliche Winde vorherrschen. Windstille ist sehr selten (Papenburg 16 %).

Abbildung 11: Prozentuale Verteilung der Windrichtungen im Landkreis Emsland.

Die geomorphologische Struktur des Raumes weist eine deutliche Überprägung durch menschliche Nutzung auf (u.a. Gewerbenutzung, Siedlungsgebiete, Verkehrsflächen, Wasserflächen, Gebüsch- und Gehölzbestände).

Gewerbe- und Siedlungsräume lassen sich in ausreichend durchlüftete Areale bzw. klimatisch günstige Gewerbe- und Siedlungsstrukturen einerseits sowie Belastungsbereiche andererseits untergliedern. Der Einwirkungsbereich der Kaltluftentstehungsgebiete kennzeichnet das maximale Ausströmen der Kaltluft aus den Freiflächen in die Umgebungsbebauung während einer sommerlichen Strahlungswetternacht. Daraus folgt, dass die im Einwirkungsbereich befindliche Bebauung eine überwiegend geringe bioklimatische Belastung aufweist.

Die Darstellung der Klimatope folgt dem Innenministerium Baden-Württemberg (Städtebauliche Klimafibel Online Stand: 14.05.2004). Klimatope beschreiben Gebiete mit ähnlichen mikroklimatischen Ausprägungen. Diese unterscheiden sich vornehmlich nach dem thermischen Tagesgang, der vertikalen Rauigkeit (Windfeldstörung), der topographischen Lage bzw. Exposition und vor allem nach der

Art der realen Flächennutzung. Als zusätzliches Kriterium spezieller Klimatope wird das Emissionsaufkommen herangezogen. Da in besiedelten Räumen die mikroklimatischen Ausprägungen im Wesentlichen durch die reale Flächennutzung und insbesondere durch die Art der Bebauung bestimmt werden, sind die Klimatope nach den dominanten Flächennutzungsarten bzw. baulichen Nutzungen benannt.

Im Geltungsbereich überwiegt neben dem Gewässer-Klima bzw. dem Gartenstadt-Klima, die sich als Kaltluftentstehungsgebiet auszeichnen, das Gewerbe-Klimatop. Dieses zeichnet sich durch Gebiete mit erhöhter Schadstoff- und Abwärmebelastung. Flächenversiegelung führt zu Aufheizungen, das Windfeld wird verändert, der Austausch reduziert, zum Teil belastendes Mikroklima. Die nächtliche Abkühlung ist stark eingeschränkt und im Wesentlichen von der Umgebung abhängig. Die lokalen Winde und Kaltluftströme werden behindert, während Regionalwinde stark gebremst werden.

Als Vorbelastungen gelten diejenigen Faktoren, die zu einer Beeinträchtigung führen und die bereits auf das Schutzgut Klima/ Luft einwirken. Besonders hervorzuheben sind hierbei die umliegenden Gewerbe- und Siedlungsbereiche, die Belastung durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung des Gebietes und der Umgebung sowie durch den Verkehr (Kreis- bzw. Landesstraße, Gemeindestraße etc.).

Bewertung

Erhebliche klimatische Beeinträchtigungen durch die geplante Versiegelung und die Verkehrsemissionen sind nicht zu erwarten. Die Bewertung der klimatischen und lufthygienischen Verhältnisse orientiert sich am Vermögen des Landschaftsraumes, über lokale und regionale Luftaustauschprozesse wie dem nächtlichen Kaltluftabfluss oder Frischluftleitbahnen im Siedlungszusammenhang sowie aufgrund des Puffervermögens von Vegetation.

Tabelle 3: Bewertungsrahmen für das Schutzgut Klima/ Luft

Bedeutung für klimatische und luft-hygienische Ausgleichsfunktion	Bewertungskriterien	Einordnung der Klimatope
hoch	<ul style="list-style-type: none"> - Kaltluftleitbahnen und siedlungsrelevante Kaltluftentstehungsgebiete (Neigung 2° bis 5° bzw. 3,5 bis 8,5%, dort gebildete Kaltluft kann direkt in die Siedlungen einströmen oder wird über Kaltluftleitbahnen gesammelt und dabei in Siedlungsflächen fortgeleitet) - Steilhänge in Siedlungsnähe (>5° bzw. 8,5% Neigung) - Lufthygienisch und/oder bioklimatisch aktive Flächen (z. B. Wald) - Klimaschutzwald, Immissionsschutzwald, Immissionsschutzpflanzungen 	Wald-Klimatop
mittel	<ul style="list-style-type: none"> - Kaltluftentstehungsgebiete (Kaltluftsammlerräume) mit geringer Neigung - Flächen, auf denen weder eine nennenswerte Kalt- bzw. Frischluftentstehung gegeben ist noch wesentliche Belastungen bestehen 	Freiland-Klimatop Gewässer-Klimatop

gering	- klimatisch und lufthygienisch belastete Gebiete, z.B. durchgrünte Wohngebiete bzw. stark belastete Gebiete von denen Belastungen auf angrenzende Bereiche ausgehen z.B. Industriegebiete, belastende Gewerbegebiete	Gartenstadt-Klimatop Stadttrand-Klimatop Gewerbe-Klimatop
---------------	---	--

Dem Gewerbe- und Gartenstadt-Klimatop des Geltungsbereiches kommt eine geringe Bedeutung für klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktion zu, folglich existiert dort eine geringe Empfindlichkeit. Die Empfindlichkeiten für die umgebenden Strukturen, wie dem Gewässer und den Gebüsch- und Gehölzbeständen kann als mittel eingestuft werden.

Eine Empfindlichkeit lufthygienisch bedeutsamer bzw. klimaausgleichender Gebiete und Strukturen besteht insbesondere gegenüber Flächenverlust / Zerschneidung funktionaler Zusammenhänge und Schadstoffeintrag. Die Empfindlichkeit gegenüber Flächenverlust und Zerschneidung kann dabei analog zur Einstufung der Bedeutung hinsichtlich Lufthygiene und Ausgleichsfunktion eingestuft werden (Reduzierung entsprechend wirksamer Flächen / Strukturen).

Insgesamt ist eine Änderung verdunstungsrelevanter Teile von Natur und Landschaft und die Überplanung von Kaltluftentstehungsgebieten unter Berücksichtigung der angrenzenden Bereiche, die vorwiegend eine geringe bis mittlere Kaltluftproduktivität aufweisen, nicht von größerer Bedeutung, da die angrenzenden Bereiche in ausreichendem Maße die Funktion eines mittleren Kaltluftentstehungsgebietes bzw. die Verdunstung Vorort weiterhin gewährleisten.

Eine Einrichtung von Luftaustauschhindernissen bzw. die signifikante Unterbrechung von Luftaustauschbahnen durch Hochbauten ist, aufgrund der Maßnahme, nicht zu erwarten.

Erhebliche klimatische Beeinträchtigungen durch die Planung sind nicht zu erwarten. Eine Änderung der lokalen Klimaverhältnisse wird durch die angrenzenden Freiflächen ausgeglichen.

Auf Grundlage der Kompensationsmaßnahmen verbleibt keine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Klima / Luft zurück (s. Punkt 2.4).

2.2.1.7 Schutzgut Landschaft

Die geomorphologische Struktur des Raumes weist eine deutliche Überprägung durch menschliche Nutzung auf (u.a. Siedlungsgebiete, intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen). Der Planbereich direkt beansprucht weitgehend Gewerbegebietsflächen und Uferstrukturen eines Altgewässers.



Abbildung 12: Lage im Raum (Quelle: Bing.com, Stand: 07/2016, unmaßstäblich)

Bewertung

Ausgehend von der Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft ergibt sich eine geringe bis mittlere Landschaftsbildqualität. Bedeutende Landschaftsbildqualitäten im unmittelbaren Eingriffsbereich werden nicht zerschnitten.

Auf Grundlage der Kompensationsmaßnahmen verbleibt keine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zurück (s. Punkt 2.4).

2.2.1.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Unter Kultur- und sonstigen Sachgütern sind Güter zu verstehen, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung als architektonisch wertvolle Bauten oder archäologische Schätze darstellen und deren Nutzbarkeit durch das Vorhaben eingeschränkt werden könnte.

Solche Strukturen sind im Plangebiet nicht bekannt.

Bewertung

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen (§ 14 Abs. 1 NDSchG).

Archäologische Funde sowie deren Fundstellen sind bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet (§ 14 Abs. 2 NDSchG).

Die Untere Denkmalschutzbehörde ist unter folgender Rufnummer: (05931) 44-4039 oder (05931) 44-4041 erreichbar.

2.2.2 Auswirkungen auf Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlichen Interesse (NATURA 2000)

Gemäß der interaktiven Umweltkarten der niedersächsischen Umweltverwaltung (www.umwelt.niedersachsen.de) befinden sich keine Natura 2000- Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes.

Die nächsten NATURA-2000 Gebiete befinden sich in ca. 600 m Entfernung. Somit wird ein ausreichender Schutzabstand eingehalten.

2.2.3 Vermeidung von Emissionen und sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern

Emissionen

Verkehrsimmissionen:

Durch die betriebliche Erweiterung ist mit keiner relevanten Steigerung der Verkehrsbelastung auf der Burgstraße zu rechnen. Immissionsrechtliche Belange hinsichtlich der umliegenden schützenswerten Nutzungen werden hierdurch nicht betroffen.

Gewerbeimmissionen:

Das Plangebiet befindet sich im Einwirkbereich des nordwestlich angrenzenden Gewerbegebietes. Im Weiteren Umfeld sind Neubaugebiete vorhanden. Das im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ festgesetzte Gewerbegebiet wurde hinsichtlich der zulässigen Immissionen nicht eingeschränkt. Durch die geringfügige Erweiterung der gewerblich nutzbaren Flächen sind keine Änderungen hinsichtlich der zulässigen Immissionen zu erwarten.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Werte der DIN 18005 lediglich eine Orientierungshilfe für die Bauleitplanung sind und im Einzelfall unter Einhaltung der Abwägungsgrundsätze hiervon abgewichen werden kann.

Abfallbeseitigung

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie der jeweils gültigen Satzung zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Müllabfuhr ist der Landkreis Emsland. Evtl. anfallender Sondermüll wird einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zugeführt.

Abwasserbeseitigung

Der Geltungsbereich des Ursprungsplans ist an das Schmutzwasserkanalisationsnetz der Gemeinde Rhede (Ems) angeschlossen. Der Änderungsbereich wird an das interne Kanalisationsnetz angebunden.

Die Ableitung erfolgt über Freispiegelleitungen in die vorhandene Kanalisation im Bereich der Burgstraße. Anschließend wird das Schmutzwasser zur Kläranlage Rhede (Ems) geführt.

2.2.4 Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie

Es besteht die Möglichkeit, auf den Dächern Sonnenkollektoren zu installieren. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Bestimmungen des Wärmeschutzes beachtet werden. Zu diesen Belangen trifft der Bebauungsplan keine gesonderten Festsetzungen.

2.2.5 Landschaftspläne und sonstige Fachpläne

Sind nicht zu berücksichtigen.

2.2.6 Gebiete zur Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität

Die Rahmenrichtlinie Luftqualität (96/62/EG) der EU benennt in Artikel 9 die Anforderungen für Gebiete, in denen die Werte unterhalb der Grenzwerte liegen. Artikel 9 besagt, dass

- die Mitgliedsstaaten eine Liste der Gebiete und Ballungsräume, in denen die Werte der Schadstoffe unterhalb der Grenzwerte liegen, zu erstellen haben und
- die Mitgliedsstaaten in diesen Gebieten die Schadstoffwerte unter den Grenzwerten halten und sich bemühen, die bestmögliche Luftqualität im Einklang mit der Strategie einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung zu erhalten.

Den in Artikel 9 beschriebenen Vorgaben trägt § 50 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) Rechnung. Dieser besagt, dass bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Gebieten, in denen die in Rechtsverordnungen nach § 48a Abs. 1 BImSchG festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden, bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen ist.

Das BauGB übernimmt wiederum die Anforderungen des § 50 BImSchG an die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Abwägungsbelang für die Bauleitplanung, sodass gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe h BauGB, die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden, bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen ist.

Die vorliegende planungsrechtlich ermöglichte Bebauung wird keine besonderen, für die Luftqualität entsprechender Gebiete relevanten Emissionen zur Folge haben, so dass die Planung zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen hinsichtlich der bestehenden und zu erhaltenden bestmöglichen Luftqualität führen wird.

2.2.7 Wechselwirkungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern zu betrachten. Die aus methodischen Gründen auf Teilsegmente des Naturhaushalts, die so genannten Schutzgüter, bezogenen Auswirkungen betreffen also ein stark vernetztes komplexes Wirkungsgefüge.

Bewertung

Im Plangebiet besteht bereits durch den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 11 sowie dessen Änderungen eine erhebliche bauliche Vorbelastung. Darüber hinaus führt grundsätzlich die Überbauung von Boden und die Beseitigung von Vegetation durch Versiegelung zu einem Eingriff gem. § 14 BNatSchG. Aufgrund der derzeitigen Nutzung des Gebietes sind die Umweltfolgen der möglichen Wechselwirkungen als gering zu beurteilen. Eine Verstärkung der erheblichen Umweltauswirkungen durch sich negativ verstärkende Wechselwirkungen ist im Plangebiet nicht zu erwarten. Die Auswirkungen auf die geschützten Tierarten sind jedoch gesondert zu betrachten. Ein möglicher Ausgleich der Wechselwirkungen wird durch das angewendete Bilanzierungskonzept (NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG 2013) abgehandelt. So ist in der Regel zu berücksichtigen, dass mit der Kompensation eines Schutzgutes bzw. mit ein und derselben Kompensationsmaßnahme auch ein Ausgleich für weitere Schutzgüter erreicht werden kann sowie umgekehrt eine Eingriffsmaßnahme meistens auch mehrere Schutzgüter beeinträchtigt.

Multifunktionalität: Bei der Planung von Kompensationsmaßnahmen ist generell darauf zu achten, dass diese multifunktional wirksam sind, dies bedeutet, dass eine Maßnahme nicht nur einem Schutzgut zugutekommt, sondern möglichst immer mehreren Schutzgütern gleichzeitig. Auch sollten die jeweiligen Maßnahmen nicht kleinteilig verstreut im Raum liegen, sondern vorzugsweise als eine große Komplexmaßnahme ausgearbeitet werden, um eine besonders hohe naturschutzfachliche Wirksamkeit auf kleiner Fläche zu erreichen. Dies wird durch die Festsetzung der Kompensationsmaßnahmen in der verbindlichen Bauleitplanung erreicht (s. a. Punkt 2.4 ff).

2.2.8 Zusammengefasste Umweltauswirkungen

Aufgrund der derzeitigen Nutzung des Gebietes sind die Umweltfolgen der möglichen Umweltauswirkungen als gering zu beurteilen. Die Auswirkungen auf die geschützten Tierarten sind jedoch gesondert zu betrachten. Die Umweltauswirkungen können durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden.

2.2.9 Allgemeine umweltbezogene Zielvorstellungen

Aus der Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile ergeben sich hinsichtlich der umweltbezogenen Zielvorstellungen Anforderungen aufgrund der erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen in folgenden Teilen:

- Berücksichtigung der Eingriffsregelung,
- Berücksichtigung der Versiegelung durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen,
- Berücksichtigung des Orts- und Landschaftsbildes,
- Aufrechterhaltung der Versickerungsfähigkeit des Bodens,
- Berücksichtigung des Artenschutzes

Grundsätzlich ist als wichtigstes Element des Vermeidungsgrundsatzes gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG die Standortwahl und u. a. der Erhalt von Strukturen, die das Orts- und Landschaftsbild prägen sowie von Bedeutung für Arten- und Lebensgemeinschaften sind, hervorzuheben. Diesem ist die Gemeinde Rhede (Ems) gefolgt, indem sie an eine vorhandene Gewerbegebietsfläche anschließt. Ein vorhandener Siedlungsansatz wird maßvoll in südlicher Richtung weiterentwickelt. Allgemein sollten im Rahmen der Realisierung der Planung die zu den einzelnen Schutzgütern genannten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich von Beeinträchtigungen beachtet werden.

2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung

Durchführung der Planung

Mit der Planung sind die vorgenannten erheblichen Umweltauswirkungen verbunden. Im Zuge der Realisierung der Planung kann auf Grundlage einer funktionsgerechten Kompensation der Eingriff in den Naturhaushalt und in das Landschaftsbild für die betroffenen Schutzgüter ein Ausgleich herbeigeführt werden.

Nichtdurchführung der Planung

Bei der Null-Variante (Nichtdurchführung der Planung) werden keine über den bisherigen Zustand hinausgehenden Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild vorgenommen. Dies bedeutet, dass keine Flächenbeanspruchung auftritt. Hierdurch bleiben die derzeit vorkommenden Biotoptypen und Tierarten erhalten. Schutzgüter werden nicht zusätzlich beeinträchtigt.

2.4 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich erheblich nachteiliger Umweltauswirkungen

Die Belange des Umweltschutzes sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB bei der Aufstellung der Bauleitpläne in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 zu berücksichtigen. Im Besonderen sind auf der Grundlage der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gem. § 1 a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 15 BNatSchG die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch die geplante Siedlungserweiterungen zu beurteilen und Aussagen zur Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich zu entwickeln. Die Bauleitplanung stellt zwar selbst keinen Eingriff in Natur und Landschaft dar, nicht unbedingt erforderliche Beeinträchtigungen sind aber durch die planerische Konzeption zu unterlassen bzw. zu minimieren und entsprechende Wertverluste durch Aufwertung von Teilflächen soweit möglich innerhalb des Gebietes bzw. außerhalb des Gebietes durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

Die nachstehende textliche Bilanzierung zur Eingriffsregelung (s. Punkt 2.4.2.2) stellt klar, dass der durch die Erschließung und Bebauung verursachte Eingriff im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes/Baugesetzbuches vollständig ausgeglichen wird.

Angesichts der nachfolgend dargestellten Maßnahmen zur Verminderung und zum Ausgleich des Eingriffes wird der vorgesehene Ausgleich im Sinne der Schutzgüter in der Abwägung festgelegt.

2.4.1 Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

2.4.1.1 Vermeidungs- bzw. Verminderungsmaßnahmen

Vermeidungsmaßnahmen setzen sich aus Konflikt mindernden und funktionserhaltenden Maßnahmen zusammen. Zu den Konflikt mindernden Maßnahmen gehören die klassischen Vermeidungsmaßnahmen wie Querungshilfen oder Bauzeitenbeschränkung. Funktionserhaltende Maßnahmen (in § 44 Abs. 5 vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen; im Guidance document „CEF-Maßnahmen“) umfassen z. B. die Verbesserung oder Vergrößerung der Lebensstätte oder die Anlage einer neuen Lebensstätte in direkter funktionaler Verbindung zum Auffangen potenzieller Funktionsverluste.

Schutzgüter Flora und Fauna

- Begrenzung des Baufeldes auf das nötige Maß, Sicherung der Bereiche außerhalb des Eingriffs vor Befahrung.

Maßnahmen zur Vermeidung (Auszug aus der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) zur Bauleitplanung „1. Änderung B-Plan Nr. 11 – Zubringer zur A31“ (REGIONALPLAN & UVP, 2017)):

Folgende Vorkehrungen zur Vermeidung werden durchgeführt, um Gefährdungen von Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-RL und von Vogelarten zu vermeiden oder zu mindern. Die Ermittlung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG erfolgt unter Berücksichtigung folgender Vorkehrungen:

- Vermeidungsmaßnahme V1: Notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben erfolgen außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben) zur Vermeidung der Zerstörung von Gelegen (Zeitraum: 1. März bis 31. Juli).
- Vermeidungsmaßnahme V2: Die nächtliche Beleuchtung des Betriebsgeländes ist so zu gestalten, dass eine Ausleuchtung des Rheder Ems-Altarms vermieden wird und vorkommende Brutvogel- und Fledermausarten nicht gestört werden. Die Beleuchtung ist mit Lichtquellen bzw. Leuchtmitteln, die insektenfreundliche Lichtwellen ausstrahlen, auszurüsten.
- Vermeidungsmaßnahme V3: Evtl. notwendige Fäll- und Rodungsarbeiten erfolgen nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September (siehe § 39 Abs. 5 BNatSchG) zur Vermeidung baubedingter Tötungen oder Verletzungen von Gehölzbrütern und gehölzbewohnenden Fledermäusen unterschiedlicher Strukturen.

- Vermeidungsmaßnahme V4: Der Gehölzeinschlag ist auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu reduzieren, um potenzielle Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erhalten.
- Vermeidungsmaßnahme V5: Evtl. notwendige Umbau- und Abrissarbeiten von Gebäuden erfolgen nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September zur Vermeidung baubedingter Tötungen oder Verletzungen von Gebäudebrütern und gebäudebewohnenden Fledermäusen.
- Vermeidungsmaßnahme V6: Werden im Zuge des Neubaus Abriss- oder Umbaumaßnahmen durchgeführt, so sind diese durch eine ökologische Baubegleitung eines qualifizierten Fachbüros zu begleiten.

Schutzgut Boden

- Begrenzung des Baufeldes auf das nötige Maß, Sicherung der Bereiche außerhalb des Eingriffs vor Befahrung.
- Sorgfältige Entsorgung der Baustelle von Restbaustoffen, Betriebsstoffen, etc. nach Beendigung der Bauphase.
- Durch eine sorgfältige Auswahl und Zulassung der Baustoffe, insbesondere keine bodengefährdende Stoffe, wird der Eingriff minimiert. Hierdurch lassen sich Schadstoffeinträge in den Boden verhindern.
- Durch das Ablagern des Mutterbodens kommt es zu nachhaltigen Veränderungen der Standortverhältnisse. Zur Minimierung wird der Boden kurzzeitig gelagert und weitgehend wieder eingebaut bzw. abtransportiert.

Schutzgut Fläche

- Begrenzung des Baufeldes auf das nötige Maß, Sicherung der Bereiche außerhalb des Eingriffs vor Befahrung

Schutzgut Wasser

- Vermeidung des Eintrags von Schadstoffen. Durch eine sorgfältige Auswahl und Zulassung der Baustoffe während der Bauphase, insbesondere keine wassergefährdende Stoffe, wird der Eingriff minimiert. Hierdurch lassen sich Schadstoffeinträge in das Grundwasser (insbesondere Öl) verhindern.

Schutzgut Mensch

- Es sind keine nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

Schutzgut Landschaftsbild

- Die geplante Fassadenbegrünung der dem Emsaltarm zugewandten Gebäudeseiten soll aus einem Mix der nachfolgend aufgeführten Pflanzen erstellt werden. Die genaue Zusammenstellung der Pflanzen ist mit der LK Emsland/Gemeinde Rhede (Ems) abzustimmen.

Mit Kletterhilfe:

- Anemonen-Waldrebe (*Clematis montana* „Rubens“)
- Knöterich (*Polygonum aubertii*)
- Immergrünes Geißblatt (*Lonicera henryi*) (immergrün)
- Jelängerjelier (*Lonicera caprifolium*)
- Feuer-Geißblatt (*Lonicera heekrottii*)

Selbstklimmer:

- Wilder Wein (*Parthenocissus tricuspidata* „Veitchii“)
- Wilder Wein (*Parthenocissus quinque folia* var. „Engelmanniana“)
- Kletterhortensie (*Hydrangea anomala* ssp. *Petiolaris*)
- Efeu (*Hedera helix*) (immergrün)
- Winterjasmin (*Jasminum nudiflorum*)
(winterblühend, verhakt sich in andere Pflanzen)

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, so wird der Fund unverzüglich gemeldet. Diese Fundorte werden bis auf weiteres nicht verändert.

2.4.1.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen dienen dazu, trotz möglicher Beschädigung oder (Teil)- Zerstörung einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, die ökologische Funktion der betroffenen Lebensstätte im räumlichen Zusammenhang kontinuierlich zu bewahren. Im Prinzip geschieht dies, indem die Funktionsfähigkeit der betroffenen Lebensstätte vor dem Eingriff durch Erweiterung, Verlagerung und/ oder Verbesserung der Habitate so erhöht wird, dass es zu keinem Zeitpunkt zu einer Reduzierung oder einem Verlust der ökologischen Funktion der Lebensstätte kommt. Darüber hinaus können sie im Sinne von Vermeidungsmaßnahmen dazu beitragen, erhebliche Störungen von lokalen Populationen abzuwenden bzw. zu reduzieren. Außerdem können sie eine mögliche Steigerung eines Kollisionsrisikos für betreffende Arten unter ein signifikantes Niveau sinken lassen (MKULNV 2013).

Um dem Haussperling ausreichend Höhlen- und Nischenstrukturen für die Brut im Bereich der Tischlerei zur Verfügung zu stellen, ist folgende Ausgleichsmaßnahme umzusetzen.

- CEF-Maßnahme 1: Zum Schutz der lokalen Population des Haussperlings sind 5 Haussperlingskästen an beliebiger Stelle an Gebäuden der Tischlerei Läken in mindestens zwei Metern Höhe anzubringen und zu pflegen.

(Auszug aus der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) zur Bauleitplanung „1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 – Zubringer zur A 31“ (REGIONALPLAN & UVP, 2017))

2.4.2 Eingriffsregelung

2.4.2.1 Ermittlung der erheblichen Beeinträchtigung nach § 14 BNatSchG

Die Überplanung des Gebietes führt zu einer Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes in den nachgenannten Bereichen:

Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften

- Beseitigung und Umbau von Vegetation
- Verlust von Lebensräumen für die Tierwelt.

Bei allen Arten kann eine dauerhafte Gefährdung der jeweiligen lokalen Populationen unter Berücksichtigung der definierten Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Kompensation ausgeschlossen werden, so dass sich der Erhaltungszustand der Populationen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet nicht verschlechtern wird.

Schutzgut Boden

- Als erhebliche Umweltbeeinträchtigungen lassen sich neben dem Bodenauftrag und -abtrag, die Bodenverdichtung und eine Bodenversiegelung erkennen.

Schutzgut Wasser

- Es tritt eine leichte Verringerung der Grundwasserneubildung (durch Bodenversiegelung) und die Erhöhung des Oberflächenabflusses auf.

Schutzgut Klima/Luft

- Eine leichte Änderung der lokalen Klimaverhältnisse wird durch die angrenzenden Freiflächen ausgeglichen.

Schutzgut Landschaftsbild

- Bedeutende Landschaftsbildqualitäten im unmittelbaren Eingriffsbereich werden nicht zerschnitten.

2.4.2.2 Bilanzierung des Eingriffs

Die verwendeten Abkürzungen der nachstehenden Tabelle richten sich u.a. nach DRACHENFELS (2016) i.V.m. dem NDS. STÄDTETAGSMODELL (2013). Die Abkürzungen werden unter Punkt 2.1.2.2 des Umweltberichts erläutert. Die im Untersuchungsgebiet auftretenden und beschriebenen Biotoptypen nach DRACHENFELS (2016) dienen lediglich zur Beschreibung des derzeitigen

Zustandes des Gebietes, insbesondere hinsichtlich des vorkommenden faunistischen Arteninventars. Wie bereits angeführt, stellen die Festsetzungen aus den rechtskräftigen Bebauungsplänen bestehendes Baurecht dar und werden als Ist-Zustand in der Eingriffsregelung bilanziert.

Erläuterungen zur Spalte „Ist-Zustand“

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 überplant u.a. Flächen aus den nachfolgend aufgeführten rechtskräftigen Bebauungsplänen bzw. dessen Änderungen:

➤ B-Plan Nr. 11 „Zubringer zur A 31“

Die maßgeblichen Festsetzungen werden unter Punkt 1.4 erläutert und in der Biotoptypenkarte als Ist- Zustand übernommen, da die Festsetzungen bestehendes Baurecht darstellen. Die Beschreibung der Biotoptypen wird unter Schutzgut Flora erläutert (siehe 2.2.1.2.2.1 „Erfassung der Biotoptypen“) sowie in der Biotoptypenkarte (siehe A) dargestellt.

Es werden folgende in den o.g. rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte Nutzungen überplant:

- Flächen für ein Gewerbegebiet (GE)
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Schutzanpflanzung)

Es werden hauptsächlich Flächen beansprucht bzw. überplant, die innerhalb von rechtskräftigen Bebauungsplänen festgesetzt sind. Wie bereits angeführt, stellen die Festsetzungen aus den rechtskräftigen Bebauungsplänen bestehendes Baurecht dar und werden als Ist-Zustand in der Eingriffsregelung bilanziert. Die Wertfaktoren werden den noch rechtskräftigen Bebauungsplänen entnommen und angewendet.

Erläuterungen zur Spalte „Planung/Ausgleich“

Die Spalte „Planung/Ausgleich“ umschreibt die Planung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A 31“. Die maßgeblichen Festsetzungen werden unter Punkt 1.6 erläutert und in der Planzeichnung festgesetzt.

Es werden folgende Nutzungen festgesetzt:

- ❖ Flächen für Gewerbe (GE)
- ❖ Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (Schutzanpflanzung)
- ❖ Umgrenzung von Flächen für die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (Pflanzfläche privat (p)) (Kompensationsmaßnahme E1)
- ❖ Flächen für die Wasserwirtschaft (Regenrückhaltebecken)

Für das geplante „Gewerbegebiet“ (GE) wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 festgesetzt. Die Restfläche wird als unversiegelt bzw. als Grünfläche bilanziert und mit einem Wertfaktor von „1“ bemessen. Ferner werden die Zufahrten zum Betriebsgelände als Straßenverkehrsflächen betrachtet und mit einer vollflächigen Versiegelung bemessen.

Des Weiteren wird auch weiterhin, wie bereits im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 11 bzw. dessen Änderung, Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt. Diese wird mit einem Wertfaktor von „3“ WE bewertet.

Tabelle 4: Rechnerische Bilanz

Tab.: Rechnerische Bilanz				Gem. Rhede, 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.11			
Berechnung des Flächenwertes der Eingriffs-/Ausgleichsflächen							
Ist-Zustand				Planung/Ausgleich			
Biotoptypen	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert	Eingriffsfläche	Fläche (m²)	Wertfaktor	Flächenwert
1	2	3	4	5	6	7	8
Gewerbegebiet (GE, 80 % versiegelt)	3.912	0	0	Gewerbegebiet (GE, 80 % versiegelt)	3.904	0	0
Gewerbegebiet (GE, 20 % unversiegelt)	978	1	978	Gewerbegebiet (GE, 20 % unversiegelt)	976	1	976
Weiden-Auengebüsch/ Ruderalgebüsch (BAS/BR (WWI))	705	4	2.820	Verkehrsfläche (100 % versiegelt, Betriebszufahrten)	200	0	0
Scher- und Trittrasen (GR)	820	1	820	Flächen f. Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern (Pflanzfläche privat (p)) (HPG) (E1)	305	3	915
Flächen f. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (Schutzanpflanzung) (HBA/GR)	535	3	1.605	Flächen f. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (Schutzanpflanzung) (HBA/GR)	335	3	1.005
				Flächen für Flächen f. d. Wasserwirtschaft (RRB) (SXS)	480	0	0
				Herstellung einer Anpflanzung aus heimischen Bäumen und Sträuchern entlang der Böschung (HPG) (E2)	750	3	2.250
Summe:	6.950		6.223		6.950		5.146
Flächenwert der Eingriffs-/Ausgleichsfläche (Planung/Ausgleich) abzgl. Flächenwert der Eingriffs-/Ausgleichsfläche (Ist-Zustand) <u>-1.077</u> WE							

Es ist vorgesehen, im südlichen Teil des Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 Flächen für die Wasserwirtschaft zu erstellen. Hierbei handelt es sich um naturnah gestaltete Regenrückhaltebecken (RBB). Aufgrund der naturnahen Gestaltung gleichen sich diese Fläche in sich aus und werden mit „0“ Werteinheiten bemessen.

Ferner wird eine Fläche mit Bindung zur Anpflanzung von heimischen Gehölzen (Pflanzfläche privat (p)) festgesetzt (siehe Kompensationsmaßnahme E1). Diese

dient als Eingrünung des Regenrückhaltebeckens und schafft eine „optische Trennung“ des Gewerbegebietes von der umgebenen Landschaft.

Des Weiteren erfolgt eine Anpflanzung der neu gestalteten Böschung mit heimischen Bäumen und Sträuchern (HPG) im südwestlichen Geltungsbereich. Die Pflanzung verläuft somit entlang des Gewerbegebietes und schafft einen Puffer bzw. Übergang mit naturnahen Strukturen vom Gewerbegebietes zum Ems-Altarm bzw. zur umgebenen Landschaft. Aufgrund der Artauswahl von heimischen, standortgerechten Gehölzen und der Nähe zum Landschaftsschutzgebiet „Emstal“ (LSG EL 00023), wird ein Wertfaktor von 3 WE angesetzt (siehe Kompensationsmaßnahme E1 und E2).

Aus der quantitativen Gegenüberstellung des Bestandswertes von 6.223 WE und des Planungswertes von 5.146 WE geht ein Kompensationsdefizit von -1.077 WE hervor.

2.4.2.3 Beurteilung des Eingriffs auf angrenzende Biotope

Nachfolgend werden die Biotoptypen außerhalb des Geltungsbereiches bis zu einer Entfernung von ca. dreißig bis fünfzig Meter näher betrachtet. Nachstehende planungsrechtliche Vorgaben mit den entsprechenden Festsetzungen der rechtskräftigen Bebauungspläne Nr. 11 und 18 (einschl. Änderungen der Bebauungspläne) treffen teilweise auf das Plangebiet und die angrenzenden Flächen zu, wobei diese in der Anlage A zeichnerisch dargestellt werden:

- Allgemeines Wohngebiet (GRZ 0,4)
- Sonstiges Sonderbaugebiet mit Zweckbestimmung: großflächiger Einzelhandel (GRZ 0,8)
- Straßenverkehrsflächen (OVS)
- Straßenverkehrsflächen mit Zweckbestimmung: Fußweg
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen:
 - Schutzpflanzung

Die vorgenannten Festsetzungen der o. g. Bebauungspläne und deren Änderungen werden bei der Überplanung als Bestand (Ist-Zustand) für die Biotoptypenkarte und für die nachstehende Eingriffsbewertung angenommen, da der Bebauungsplan sowie dessen Änderungen rechtsverbindlich sind und somit bestehendes Baurecht darstellen.

Es finden sich folgende Biotoptypen:

weniger empfindliche, weitgehend naturferne Biotoptypen

- Allgemeine Wohngebiete (WA)
- Sondergebiet (SO)
- Gewerbegebiet (GE)
- Straßenverkehrsflächen (OVS, OVW)
- Verkehrsbegleitgrün (GR)
- Weg (OVW)
- Scher- und Trittrassen (GR)

Die ökologische Wertigkeit dieser Biotope ist von geringer Bedeutung, da der Raum anthropogen bereits stark belastet wird. Eine signifikante, zusätzliche Beeinträchtigung durch die Erweiterung des Gewerbegebietes ist nicht anzunehmen.

bedingt naturferne Biotoptypen

- Flächen für die Wasserwirtschaft
- Allee/ Baumreihen (HBA)
- Ruderalgebüsch (BR)
- Festgesetzte Fläche lt. B-Plan Nr. 11 und 18 (sowie deren Änderungen)
„Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen:
 - Schutzpflanzung

Es handelt sich um Gebüsch und Gehölzbestände sowie Baumbestände aus heimischen Gehölzen, welche sich angrenzend an den Geltungsbereich befinden. Angrenzend sind u.a. Gewerbe- und Siedlungsbereiche und Verkehrsflächen zu nennen, wodurch dieser Biotoptyp bereits stärker negativ beeinflusst wird. Diese Biotoptypen werden anthropogen belastet (u.a. durch Verlärmung), wobei die Standortverhältnisse stärker verändert sind. Aufgrund des vorgefundenen Arteninventars sind keine zusätzlichen, signifikanten Beeinträchtigungen zu erwarten.

Bedingt naturnahe Biotoptypen

- Sumpfiges Weiden-Auengebüsch (BAS)
- Halbruderaler Gras- und Staudenflur feuchter Standorte (UHF)
- Feuchte Hochstaudenflur (UF)
- Verlandungsbereich nährstoffreicher Stillgewässer mit sonstigen Tauchblattpflanzen (VET)
- Naturnahes Altwasser (SEF)

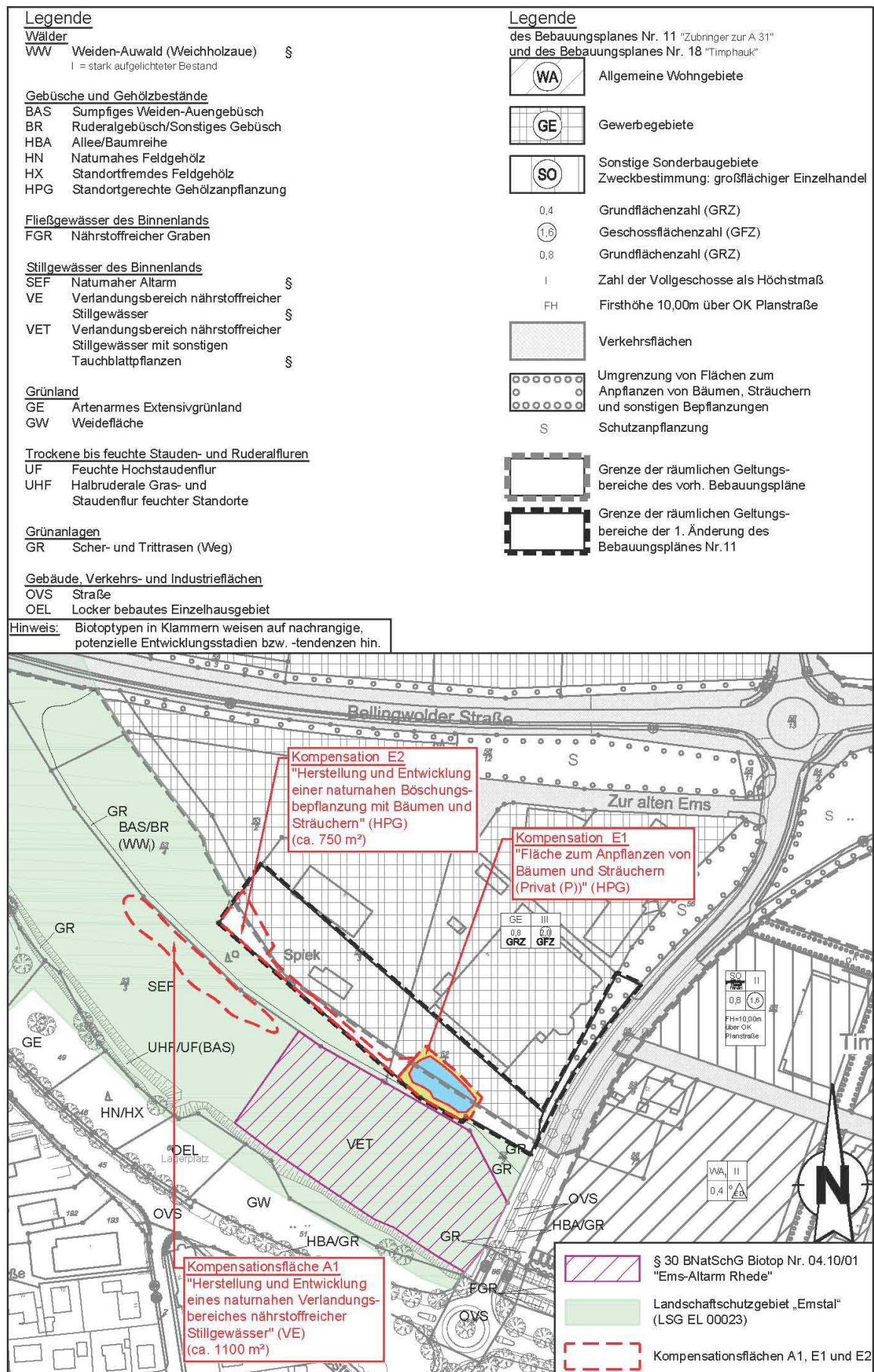
Es handelt sich um Staudenfluren sowie Gehölzbestände entlang der Uferstrukturen des Emsaltarms. Ferner wird das Gewässer selbst mit den Verlandungsbereichen als naturnah beschrieben. Diese Biotoptypen werden anthropogen belastet (u.a. durch Verlärmung), wobei die Standortverhältnisse stärker verändert sind. Durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 sind jedoch aufgrund des vorgefundenen Arteninventars keine zusätzlichen, signifikanten Beeinträchtigungen zu erwarten.

Eine Beeinträchtigung der angrenzenden Biotope konnte nicht herausgestellt werden. Somit kann auf eine Bilanzierung verzichtet werden. Ein Kompensationsbedarf entsteht nicht.

Bei allen vorkommenden faunistischen Arten kann bei Berücksichtigung der vorgesehenen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen eine dauerhafte Gefährdung der jeweiligen lokalen Populationen ausgeschlossen werden, so dass sich der Erhaltungszustand der Populationen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet nicht verschlechtern wird.

2.4.3 Kompensationsmaßnahmen

Die im Folgenden beschriebenen Ausgleichsmaßnahmen dienen der Kompensation eines Eingriffs in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild und sollen sich ausschließlich dem Naturschutz und der Landschaftspflege widmen. Die Kompensation soll im räumlichen und funktionalen Zusammenhang liegen und den Eingriff vor Ort ausgleichen. Ziel ist eine Wiederherstellung verloren gegangener Biotopfunktionen des Ems-Altarmes im Rahmen der Eingriffsregelung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A31“. Hierbei handelt es sich im weitesten Sinne um Strukturverbesserungsmaßnahmen, die zur Verbesserung der biologischen Vielfalt beitragen. Dabei werden u.a. dem Standort angepasste Baum- oder Straucharten in die bisher relativ artenarme Umgebung eingebacht sowie die Entwicklung eines naturnahen Verlandungsbereiches eingeleitet. Ziel ist die Förderung von Artenvielfalt für Flora und Fauna sowie eine Verbesserung des nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopes innerhalb des Ems-Altarmes. Der derzeitige Zustand der Ufer- und Wasser- bzw. Unterwasservegetation des Altarmes ermöglicht eine Aufwertung im Rahmen der Eingriffsregelung. Die Lager der Kompensationsmaßnahmen ist der folgenden Abbildung zu entnehmen.



Im Folgenden werden die Kompensationsmaßnahmen beschrieben:

2.4.3.1 Kompensationsmaßnahmen innerhalb des Geltungsbereiches

Um eine Verbesserung der Habitatbedingungen und die Schaffung einer Pufferzone zwischen dem Gewerbegebiet und umgebender Landschaft für Flora und Fauna herzustellen, sind folgende Maßnahmen vorzunehmen:

- **„Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ (Privat (p)) (E1)**

Es wird eine Fläche mit Bindung zur Anpflanzung von heimischen Gehölzen (Pflanzfläche privat (p)) festgesetzt (siehe Kompensationsmaßnahme E1). Innerhalb dieser ca. 305 m² großen „Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ erfolgt eine Bepflanzung mit heimischen Gehölzen (HPG). Diese dient als Eingrünung des Regenrückhaltebeckens und schafft eine „optische Trennung“ des Gewerbegebietes von der umgebenen Landschaft. Die Flächen werden mit Gehölzarten der heimischen Region bepflanzt.

Des Weiteren erfolgt eine Anpflanzung der neu gestalteten Böschung mit heimischen Bäumen und Sträuchern (HPG) im südwestlichen Geltungsbereich (Kompensationsmaßnahme E2). Die Pflanzung verläuft somit entlang des Gewerbegebietes und schafft einen Puffer bzw. Übergang mit naturnahen Strukturen vom Gewerbe zum Ems-Altarm bzw. zur umgebenen Landschaft.

- **„Herstellung und Entwicklung einer naturnahen Böschungsbepflanzung mit Bäumen und Sträuchern“ (HPG) (E2)**

Im Rahmen des „Antrags zur Löschung eines Teilbereiches des Landschaftsschutzgebietes „Emstal“ (LSG EL 23) wurde in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland festgelegt, dass nach der erforderlichen Aufhöhung des Erweiterungsbereiches die dadurch entstehenden Böschung mit standortgerechten einheimischen Gehölzen zu bepflanzen ist. Wobei die Böschung sich im Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung bzw. im Löschungsbereich befinden muss. Die aktuelle Böschung wird aufgegriffen. Die Böschungsneigung soll an den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden und nach Möglichkeit eine naturnahe Gestaltung aufweisen.

Die Pflanzung erfolgt auf einer Fläche von ca. 750 m² mit Gehölzen der heimischen Region. Die Böschungsbepflanzung kann an die zuvor festgesetzte Fläche mit Bindung zur Anpflanzung von heimischen Gehölzen (Pflanzfläche privat (p)) (siehe Kompensationsmaßnahme E1) anschließen.

Folgende Arten können für beiden Pflanzmaßnahmen zur Bepflanzung herangezogen werden:

Bäume:

Feldahorn	(Acer campestre)
Spitzahorn	(Acer platanoides)
Hainbuche	(Carpinus betulus)
Esche	(Fraxinus excelsior)
Stieleiche	(Quercus robur)
Hainbuche	(Carpinus betulus)
Silberweide	(Salix alba)
Bruchweide	(Salix fragilis)

Sträucher:

Schlehe	(Prunus spinosa)
Roter Hartriegel	(Cornus sanguinea)
Hasel	(Corylus avellana)
Pfaffenhütchen	(Euonymus europaeus)
Schwarzer Holunder	(Sambucus nigra)
Gew. Schneeball	(Viburnum opulus)
Kreuzdorn	(Rhamnus cathartica)
Purpurweide	(Salix purpurea)
Mandelweide	(Salix triandra)
Ohrweide	(Salix aurita)
Salweide	(Salix caprea)
Grauweide	(Salix cinerea)
Korbweide	(Salix viminalis)

Für die Bepflanzung sind 1 x verpflanzte leichte Sträucher in einer Größe von 70-100 cm zu verwenden. Die einzelnen Gehölzarten sind in Gruppen von 5-7 Stück zu setzen. Tendenziell sind die Baumarten stärker in der Mitte der Pflanzungen einzubauen, Straucharten mehr an den Rändern. Der Pflanzabstand beträgt 1,50 m x 1,50 m. Es kann in Reihen oder im losen Verband gepflanzt werden. In diesem Fall sind die einzelnen Arten (außer Hochwüchsige) gruppenweise, dichtreihig zu pflanzen (3-10 Stück pro Art). Es soll in der Breite variiert werden, um auch konkurrenzschwächeren Arten das Überleben zu sichern und um das Landschaftsbild aufzuwerten. Zum Schutz gegen Wildverbiss wird die Aufstellung eines Wildschutzzaunes empfohlen. Die Anpflanzung ist in der auf den Baubeginn folgenden Pflanzperiode, vornehmlich im Herbst, durchzuführen.

Die Anpflanzung ist dauerhaft zu erhalten und bis zur Erlangung eines wüchsigen Bestandes ca. 3 Jahre lang zu pflegen, d. h., in erster Linie ist ein Gras- und Krautbewuchs kurz zu halten. Eingegangene oder verbissene Gehölze sind jeweils in der nächstfolgenden Pflanzperiode zu ersetzen. Die Pflanzenliste kann durch Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland erweitert bzw. verändert werden.

In einem Abstand von ca. 6-8 Jahren können die Gehölzanpflanzungen durchgeforstet werden mit dem Ziel, dauerhaft eine dichte, durchgehende

Strauchschicht und eine gleichmäßige Baumschicht heranzuziehen bzw. zu erhalten. Hierfür ist es angebracht, die Beratung der Unteren Naturschutzbehörde oder des Forstamtes der Landwirtschaftskammer in Anspruch zu nehmen.

Ziel:

Aufforstung, Herstellung einer Gehölzanpflanzung aus heimischen Arten (HPG) im Böschungsbereich des Ems-Altarms bzw. des Gewerbegebietes, Kleinräumige Vernetzung, Sichtschutz und Puffer zu angrenzenden Flächen, Sitz- und Aussichtswarte, Bruthabitat. Aufgrund des dichten Wuchses wird den Tieren Lebensraum und Schutz geboten, Verbesserung der physikalischen Oberflächenstruktur des Bodens, Verbesserung des Retentionsvermögens, Wiederherstellung des Bodenwasserhaushaltes, Vitalisierung des Bodens, Verbesserung der abiotischen Standortfaktoren durch Reduzierung des Schadstoffeintrages (Grundwasser), Verringerung des Oberflächenabflusses, Verbesserung des Landschaftsbildes und des Klimas.

Der Eingriff gem. § 14 BNatSchG i. V. m. dem BauGB wird entsprechend ausgeglichen.

2.4.3.2 Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches

Kompensationsmaßnahme A1:

Herstellung und Entwicklung eines naturnahen Verlandungsbereiches nährstoffreicher Stillgewässer (VE)

In den Verlandungszonen von Gewässer führt die Ansammlung von abgestorbenem Pflanzenmaterial allmählich zur Verlandung. Sie sind gekennzeichnet durch geringere Wassertiefen und das Vorkommen von Unterwasser-, Schwimmblatt- und Röhrichtvegetation.

Der Ems-Altarm in der Gemeinde Rhede zählt aufgrund der hohen Nährstoffversorgung als eutroph (bis polytroph). Neben der hohen Nährstoffversorgung stellt die Verschlammung ein weiteres Problem dar. Hinzu kommt, dass die Sedimente oft stark aufgewirbelt und verlagert werden (Treibmudde), was zu einer dauerhaften Trübung und somit zur Verschlechterung der Organismen führt. Da die Sedimente meist hohe Gesamtphosphorgehalte aufweisen, führt die Aufwirbelung immer auch zu einer Rücklösung (Resuspension) von Phosphorverbindungen und damit zu einer internen Düngung.

Die Schaffung einer naturnahen Uferzonierung mit Schwimmblattpflanzen, Großseggenrieden, Röhrichten und Hochstaudenfluren sowie feuchten Weidenbüschen soll zur Verbesserung der Wasserqualität und damit zur ökologischen Aufwertung des Altarmgewässers beitragen. Für die Aufwertung des Gewässers durch die Herstellung und Entwicklung eines naturnahen Verlandungsbereiches ist die Gewässertiefe entscheidend für die Ausprägung der verschiedenen Zonen. Ziel ist es, eine Zonierung des Altarmufers anhand der örtlichen Gegebenheiten herzustellen. Des Weiteren ist der Zonierung entsprechend das Setzen von verschiedenen Pflanzenarten durchzuführen. Der Verlandungsbereich umfasst eine Fläche von insgesamt 1.100 m². Hierbei ist auf standortgerechte, heimische Arten zu achten. Folgende Pflanzenarten sind nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises zu verwenden:

- Röhrichtzone:
 - Schilfrohr (Phragmites communis)
 - Rohrkolben (Typha latifolia)
 - Gewöhnliche Teichsimse (Schoenoplectus lacustris)
- Schwimmblattzone:
 - Weiße Seerose (Nymphaea alba)
 - Europäische Seekanne (Nymphoides peltata)
- Tauchblattzone:
 - Kamm-Laichkraut (Potamogeton pectinatus)
 - Kleines Laichkraut (Potamogeton pusillus)
 - Quirlige Tausendblatt (Myriophyllum verticillatum)
 - Raues Hornblatt (Ceratophyllum demersum)
 - Europäische Wasserfeder (Hottonia palustris)
 - Übersehener Wasserschlauch (Utricularia australis)

Der Pflanzabstand beträgt 30 cm x 30 cm. Die Pflanzenliste sowie die Pflanzabstände etc. kann durch Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Emsland erweitert bzw. verändert werden.

Die Herstellung der zuvor beschriebenen Kompensationsmaßnahmen erfolgt so, dass die Schutzvorschriften des § 78 WHG und die wasserrechtlichen Belange berücksichtigt werden.

Sollten die Baum- und Strauchstrukturen der Uferbereiche beeinträchtigt bzw. beschädigt werden, sind diese durch Weidenstecklinge und Roterlen (Heisterpflanzen) zu ersetzen. Grundsätzlich sind auetypische bzw. hochwasserverträgliche Baum- und Straucharten zu wählen.

Die Fläche dient ausschließlich zu Kompensation eines Eingriffs in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild und soll sich ausschließlich dem Naturschutz und der Landschaftspflege widmen.

Die Lage der Kompensationsmaßnahme A1 ist der Abbildung Nr. 13 sowie der Planzeichnung zum Bebauungsplan zu entnehmen.

Der Eingriff gem. § 14 BNatSchG i. V. m. dem BauGB wird entsprechend ausgeglichen.

Ziel:

Die Maßnahme dient insbesondere der Erweiterung des Nahrungsangebotes für die auf Gewässer angewiesenen Fledermausarten (Jagdgebiete). Zudem erfolgt die Herstellung von Fortpflanzungs- und Nahrungshabitaten für Libellen, Amphibien und Vögel.

2.5 Anderweitige in Betracht kommende Planungsmöglichkeiten

Standort

Alternative Standorte wurden nicht untersucht, da es sich um die Arrondierung bzw. Verdichtung eines bebauten Bereiches handelt und somit die städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich forciert wird. Zusätzlich wird einer Zersiedelung im Stadtgebiet entgegen gewirkt und den Vorgaben des § 1a BauGB nach sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden nachgekommen.

Planinhalt

Im Rahmen der Standortanalyse hat sich der Rat der Einheitsgemeinde Rhede (Ems) zugunsten der Erweiterung des Gewerbegebietes entschieden. Die Festsetzungen optimieren den Standort.

2.6 Zusätzliche Angaben

2.6.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung

Zur Beurteilung der Planung aus der Sicht von Natur und Landschaft wurde dieser Umweltbericht einschließlich Eingriffsregelung erstellt, der fachlich auf den Landschaftsrahmenplan und eine flächendeckende Biotoptypenkartierung zurückgreift und sich in der Bilanzierung auf die „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ des Niedersächsischen Städtetages (Stand 2013) beruft. Alle weiteren Punkte wurden verbal- argumentativ unter Berücksichtigung vorhandener Daten und Vergleichswerte abgearbeitet. Für die Biotoptypenkartierung wurde der „Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen“ (Stand 2016 (NLWKN 2011)) verwendet. In Bezug auf den Artenschutz wurden allgemeine Vermeidungsmaßnahmen in die Planunterlagen aufgenommen.

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt verbalargumentativ unter Berücksichtigung der vorliegenden Fachgutachten. Die Auswertung der Datengrundlagen und die Vorgehensweise bei der Bewertung erfolgen nach einschlägiger Fachliteratur.

2.6.2 Maßnahmen gegen den Klimawandel bzw. zur Anpassung an den Klimawandel

Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Folgende Maßnahmen, die in den Bauleitplänen bestimmt werden, dienen dem Klimaschutz bzw. der Anpassung an den Klimawandel:

Minimierung der Neuversiegelung

- Begrünung der nicht überbauten Flächen

Landschaftspflegerische Maßnahmen

- Herstellung und Entwicklung eines naturnahen Verlandungsbereiches nährstoffreicher Stillgewässer (VE)
- Fläche zum Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (HPG)
- Fassadenbegrünung

2.6.3 Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind

Schwierigkeiten bei der Erhebung der Grundlagen haben sich nicht ergeben. Gleichwohl beruhen viele weitergehende Angaben, wie z. B. die Beeinträchtigung lokalklimatischer Verhältnisse durch die Bebauung, auf grundsätzlichen oder allgemeinen Annahmen. So können einzelne Auswirkungen hinsichtlich ihrer Reichweite oder Intensität heute nicht eindeutig beschrieben werden, da detaillierte Messmethoden noch nicht entwickelt wurden.

Weiterhin besteht die Schwierigkeit ein komplexes Wirkungsgefüge in kompakter Form darzustellen. Bis zum Abschluss des Verfahrens können sich durch eingehende Stellungnahmen neue Fragestellungen ergeben, die entsprechend ihrer Wertigkeit in diesen Umweltbericht eingearbeitet werden.

2.6.4 Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, biologische Vielfalt, Natura 2000-Gebiete, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung, Kultur- und sonstige Sachgüter

Eine Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht vorhanden, zumal der Tischlereibetrieb bereits besteht und lediglich Erweiterungsmöglichkeiten geschaffen werden. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Biologische Vielfalt, Natura-2000-Gebiete, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung sowie Kultur- und sonstige Sachgüter durch schwere Unfälle oder Katastrophen sind nicht zu erwarten.

2.7 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt

Die Ausführung der Kompensationsmaßnahmen auf den Flächen wird durch die Gemeinde erstmalig ein Jahr nach Inkrafttreten des Bauleitplans und erneut nach drei weiteren Jahren durch Ortsbesichtigung überprüft.

2.8 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ der Gemeinde Rhede (Ems) wurde ein Umweltbericht erstellt, der eine Gesamtbewertung von evtl. Umweltauswirkungen und deren Wechselbeziehungen durch die Festsetzung von Gewerbeflächen u.a. widerspiegelt.

Der Umweltbericht umfasst hierbei im Wesentlichen die Beschreibung des geplanten Vorhabens einschließlich der Wirkfaktoren auf die Umwelt. Die Auswertung wurde zusätzlich durch verbindliche und unverbindliche Vorgaben sowie einer

Biotoptypenkartierung und einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) ergänzt.

Für die Schutzgüter werden keine größeren Umweltauswirkungen erwartet, wobei unter Berücksichtigung entsprechender Kompensationsmaßnahmen der Eingriff gemäß § 14 BNatSchG i. V. m. dem BauGB bewertet wird. Der Eingriff wird ausgeglichen.

Die Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG werden bei Einhaltung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen nicht erfüllt.

Bei allen Arten kann eine dauerhafte Gefährdung der jeweiligen lokalen Populationen unter Berücksichtigung der definierten Maßnahmen ausgeschlossen werden, so dass sich der Erhaltungszustand der Populationen in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet nicht verschlechtern wird.

Eine Berücksichtigung des § 19 BNatSchG ist nicht erforderlich, da keine Arten, die ausschließlich in Anhang II der FFH-RL aufgeführt sind sowie keine natürlichen Lebensraumtypen im Untersuchungsgebiet vorkommen.

Unter Berücksichtigung der Wirkfaktoren des Vorhabens ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 umweltverträglich.

2.9 Literatur

Literatur und Quellen

DRACHENFELS, O. v. (2016): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FF-Richtlinie. Naturschutz Landschaftspflege Niedersachsen, Heft A/4 1-326, Hannover

DRACHENFELS, O. v. (2012): Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen – Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung -. Informationsdienst des Naturschutz Niedersachsen 32. Jg. Nr. 1 1-60, Hannover

LANDKREIS EMSLAND (2001): Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Emsland

LANDKREIS EMSLAND (2010): Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Emsland

LANDKREIS EMSLAND (2015): 1. Änderung des RROP 2010, sachlicher Teilplan Energie

NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. 9. überarbeitete Auflage, Hannover

REGIONALPLAN & UVP (2017): Bauleitplanung „2. Änd. BLP Nr. 11 – Zubringer zur A31“ - spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP), unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag der Gemeinde Rhede.

Rechtsgrundlagen

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschemissionen – vom 19. August 1970 (Bundesanzeiger Nr. 160 vom 1. September 1970)

Baugesetzbuch (**BauGB**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), aktuelle Fassung

Bundesartenschutzverordnung (**BArtSchV**) vom 16. Februar 2005 (BGBl. I S. 258, ber. S. 896), aktuelle Fassung

Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (**BBodSchV**) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), aktuelle Fassung

Bundes-Bodenschutzgesetz (**BBodSchG**) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), aktuelle Fassung

Bundes-Immissionsschutzgesetz (**BImSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), aktuelle Fassung

Bundesnaturschutzgesetz (**BNatSchG**) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), aktuelle Fassung

Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. **BImSchV**) vom 29. August 2002 (BGBl. I S. 3478), aktuelle Fassung

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (**EEG**) vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), aktuelle Fassung

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVPG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts - Wasserhaushaltsgesetz (**WHG**) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), aktuelle Fassung

Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (**NAGBNatSchG**) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104)

Niedersächsisches Bodenschutzgesetz (**NBodSchG**) vom 19. Februar 1999, aktuelle Fassung

Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (**NDSchG**) vom 30. Mai 1978 (Nds. GVBl. S. 517), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 26. Mai 2011 (Nds. GVBl. S. 135)

Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (**NWaldLG**) vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. S. 112), aktuelle Fassung

Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**NUVPG**) vom 30. April 2007 (Nds. GVBl. Nr. 13/2007 S. 179), aktuelle Fassung

Niedersächsisches Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (**NROG**) vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 252), aktuelle Fassung

Niedersächsisches Wassergesetz (**NWG**) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. Nr.5/2010 S. 64), aktuelle Fassung

Raumordnungsgesetz (**ROG**) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), aktuelle Fassung

Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (EU-Vogelschutzrichtlinie, **VogelSch-RL**) (ABl. Nr. L 103 S. 1), aktuelle Fassung

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (**FFH-Richtlinie**, FFH-RL) (ABl. Nr. L 206 S. 7), aktuelle Fassung

Technisches Regelwerk zur Gefahrstoffverordnung (TRGS), Ausgabe Dezember 2006

Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung - **GefStoffV**) vom 26. November 2010 (BGBl. I S. 1643, 1644), aktuelle Fassung

Niedersächsisches Ministerialblatt 5324 vom 24.02.2016 Nr. 7, Anlage 1: Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land in Niedersachsen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung

Niedersächsisches Ministerialblatt 5324 vom 24.02.2016 Nr. 7, Anlage 2: Leitfaden – Umsetzung des Artenschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Niedersachsen

Hinweise auf Internet-Adressen

Server des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)

<http://nibis.lbeg.de>

Server des Landesamtes für Geobasisinformation und Landvermessung Niedersachsen

http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX_Umweltkarten/

Server des Bundesumweltministeriums

<http://www.umweltbundesamt-umwelt-deutschland.de>

http://www.bmu.de/klimaschutz/nationale_klimapolitik/doc/5698.php

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/laerm/index.htm>

Teil 3 Abwägung und Verfahren

3.1 Verfahren

Unter Berücksichtigung der unter Punkt 1.1 aufgezeigten Rahmenbedingungen hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) am _____ beschlossen, die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ aufzustellen.

Mit der frühzeitigen Unterrichtung der Bürger gem. § 3 (1) BauGB wurden die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durch Offenlage der Planunterlagen vom _____ bis _____ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB wurde in der Zeit vom _____ bis _____ durch die Übersendung eines Vorentwurfes mit Kurzbegründung durchgeführt.

Am _____ hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) die Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ beschlossen.

3.2 Abwägung zu den einzelnen Stellungnahmen

3.2.1 Frühzeitige Beteiligung der TöB/Behörden/Öffentlichkeit

Die in den Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden (gem. § 4 (1) BauGB) und der Öffentlichkeit (gem. § 3 (1) BauGB) vorgebrachten Einwendungen, Hinweise und Auflagen wurden entsprechend der Erfordernis in die vorliegende Planung einbezogen. Eine sachgerechte Abwägung durch den Rat der Gemeinde Rhede (Ems) erfolgt zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses.

Nachfolgend werden die wesentlichen Stellungnahmen zusammengefasst, die detaillierten Entscheidungsvorschläge können nach Abschluss des Verfahrens den Unterlagen zum Satzungsbeschluss entnommen werden:

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden wurden vom **Landkreis Emsland Fachbereich –Naturschutz und Forsten-** Hinweise bezüglich der Anforderungen an die Umweltprüfung, Eingriffsbilanzierung, Bewertung der Schutzgüter sowie der Bestandsaufnahme und Bewertung der im Plangebiet vorkommenden und an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen gegeben. Die o.g. Hinweise wurden beachtet und sind in den Umweltbericht aufgenommen worden.

Von den **Versorgungsträgern** ergingen Hinweise zum Schutz von vorhandenen Leitungstrassen und zu weiteren Maßnahmen im Zuge von Erschließungsarbeiten. Die erforderliche Abstimmung der Arbeiten im Bereich von Leitungstrassen und deren Schutz, sowie die Abstimmung der Arbeiten zur Erschließung des Plangebietes wurden als Hinweis in die Bauleitplanunterlagen aufgenommen.

Aus der Stellungnahme **der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr** wurde der Hinweis übernommen, dass von der Landesstraße 52 Emissionen ausgehen und hierfür keine Entschädigungsansprüche hinsichtlich

Immissionsschutz gegenüber dem Träger der Straßenbaulast geltend gemacht werden können.

3.2.2 Auslegung bzw. Beteiligung der TöB/Behörden/Öffentlichkeit

Im Verfahren gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB wurden nachfolgende wesentliche Anregungen/Hinweise und Einwendungen vorgetragen:

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden wurden vom **Landkreis Emsland Fachbereich –Naturschutz und Forsten–** Hinweise zu den Vermeidungsmaßnahmen V1 – V6 gegeben welche durch die Gemeinde beachtet werden. Die Vermeidungsmaßnahme V 2 wurde um den Belang „insektenfreundliche Lichtquellen“ ergänzt.

Die CEF Maßnahme 1 „Nisthilfen für Haussperlinge“ wird vor der Umsetzung der baulichen Maßnahmen erfolgen. Die Gemeinde Rhede (Ems) wird dies im städtebaulichen Vertrag mit dem Investor festlegen.

Die Umsetzung und Sicherung der Kompensationsmaßnahme E1 Umpflanzung des Regenrückhaltebeckens erfolgt ebenfalls über den vorgenannten städtebaulichen Vertrag.

Weiterhin wird dem Hinweis der Fachbehörde gefolgt, dass die Schaffung eines naturnahen Verlandungsbereiches im Ems-Altarm als Kompensationsmaßnahme A1, außerhalb des gesetzlich geschützten Biotopbereiches erfolgt. Da es sich nur um eine lagemäßige Verschiebung der Fläche handelt werden planungsrechtliche Belange, die eine erneute Auslegung der Bauleitplanunterlagen erforderlich machen, davon nicht berührt. Die neue Lage der Fläche kann der Planzeichnung und dem Umweltbericht (Teil II der Begründung) entnommen werden.

Die detaillierten Entscheidungsvorschläge können nach Abschluss des Verfahrens den Unterlagen zum Satzungsbeschluss entnommen werden

3.3 Abwägungsergebnis

Gem. § 1 Abs. 7 BauGB sind die privaten und öffentliche Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Gem. § 1a Abs. 2 und 3 sind auch der sparsame Umgang mit Grund und Boden sowie die Eingriffsregelung (Ausgleich und Ersatz) in die Abwägung einzubeziehen.

Wie aus den Stellungnahmen in den Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 zu entnehmen standen keine wesentlichen öffentlichen und privaten Belange der Planung entgegen.

Die Einwendungen und Hinweise zu den naturschutzfachlichen Belangen konnten durch die Erstellung eines Umweltberichtes mit Ermittlung des Kompensationsbedarfs berücksichtigt werden. Durch den Ausgleich des Kompensationsdefizits über die im Bebauungsplan festgesetzten Kompensations-, Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen der Gemeinde Rhede (Ems) wird sichergestellt, dass der Eingriff in Natur und Landschaft entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ausgeglichen wird. Die Regelung zur Umsetzung und Sicherung der vorgenannten naturschutzfachlichen Maßnahmen erfolgt über einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Gemeinde Rhede (Ems) und dem Investor.

Der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) ist der Auffassung, dass die privaten und öffentlichen Belange ausgewogen berücksichtigt wurden und hat daher die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr.1 „Zubringer zur A 31“ als Satzung beschlossen.

3.4 Verfahrensvermerke

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ wurde ausgearbeitet von der Ing.-Büro W. Grote GmbH, Bahnhofstraße 6-10, 26871 Papenburg.

Bearbeitet:
Papenburg,

Die Entwurfsbegründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ hat in der Zeit vom _____ bis _____ öffentlich ausgelegen.

Gemeinde Rhede (Ems),

- Bürgermeister -

Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Zubringer zur A 31“ hat der endgültigen Beschlussfassung (Satzungsbeschluss) der Bebauungsplanänderung zugrunde gelegen.

Gemeinde Rhede (Ems),

- Bürgermeister -